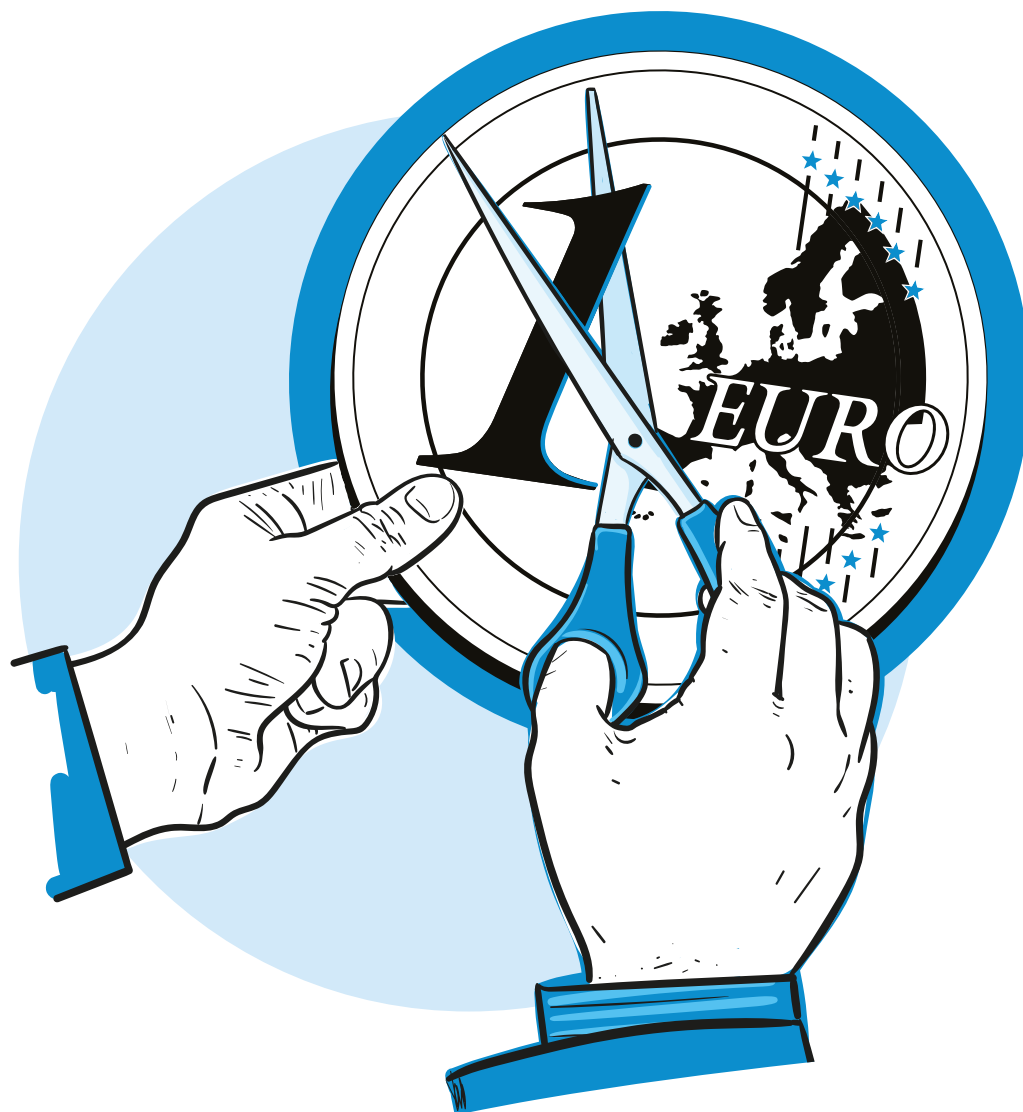


Arbeit & Wirtschaft



Zu welchem Preis?

Wirtschaftswachstum soll für Arbeitsplätze und Wohlstand sorgen. Nur geht die Rechnung nicht auf. Warum unser Wohlstand sinkt und wie wir gegensteuern können.

Vermessenheit des Wohlstands / 6

Warum wir einen alternativen Wohlstands-begriff brauchen

Besteuert die Superreichen! / 32

Im Gespräch mit der Millionenerbin Marlene Engelhorn

#9



IRENE STEINDL CHEFIN VOM DIENST
THOMAS JARMER ART DIRECTOR & LAYOUT
MARKUS ZAHRADNIK FOTOS
MIRIAM MONE ILLUSTRATIONEN
FLORIAN PRAXMARER LEKTORAT
GERHARD AMANN STILISTISCHES LEKTORAT
SONJA ADLER REDAKTIONSSISTENZ

Mitarbeiter:innen dieser Ausgabe

Ulrich Brand, Christian Bunke, Johannes Greß,
 Stefan Mayer, Robert Misik, Mattias Muckenhuber,
 Brigitte Pellar, Nadja Riahi, Alexandra Rotter,
 Helene Schubert, Christian Domke Seidel,
 Christina Weichselbaumer, Alexia Weiss

Redaktion Arbeit&Wirtschaft

Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
 Tel.: (01) 534 44-39263, Fax: (01) 534 44-100222
 redaktion@arbeit-wirtschaft.at

Redaktionskomitee

www.arbeit-wirtschaft.at/impresum

Herausgeberin

Bundesarbeitskammer
 1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22
 Österreichischer Gewerkschaftsbund
 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1

Medieninhaber

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes
 GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1
 Tel.: (01) 662 32 96-0, Fax: (01) 662 32 96-39793
 zeitschriften@oegbverlag.at
 www.oegbverlag.at

Hersteller

Walstead Leykam Druck GmbH & CO KG
 7201 Neudörfel, Bickfordstraße 21

Verlagsort Wien

Herstellungsort Neudörfel

Abonnementverwaltung und Adressänderung

Michelle Cvörnjek, Lukas Huemerlehner
 Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
 Tel.: (01) 662 32 96-0, aboservice@oegbverlag.at
 Einzelnummer: € 2,50 (inkl. MwSt.)
 Jahresabonnement Inland € 20,- (inkl. MwSt.)
 Ausland zuzüglich € 12,- Porto
 Für Lehrlinge, Student:innen und Pensionist:innen
 ermäßigtes Jahresabonnement € 10,- (inkl. MwSt.)

Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25

www.arbeit-wirtschaft.at/offenlegung
 ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655
 ISSN (Print) 0003-7656, ISSN (Online) 1605-6493,
 ISSN (Blog) 2519-5492

Die in der Zeitschrift „Arbeit&Wirtschaft“ wiedergegebenen Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung von Redaktion und Herausgeberin. Jeder Autor:in trägt die Verantwortung für seinen/ihren Beitrag. Es ist nicht die Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung aller Mitarbeiter:innen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren geistigen Auseinandersetzung. Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt eingesandte Manuskripte. Nachdrucke, auch auszugsweise, sind nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet.

Hinter den Kulissen



Marlene Engelhorn ist Millionenerbin und setzt sich für eine Besteuerung der Reichen ein. Autorin **Nadja Riahi** hat sie zum Interview getroffen und erfahren, warum man mit Arbeit nicht reich wird. Zu lesen ab **Seite 32**.



Windböen von 150 km/h, Stromausfall im Tunnel: Bei der Reportage im Pumpspeicherkraftwerk Tauernmoos der ÖBB haben die Autorin **Alexandra Rotter** und Abenteuer-Fotograf **Markus Zahradnik** einiges erlebt. Stürmisch wird's ab **Seite 26**.

Geht's uns nicht gut?



IRENE STEINDL
 CHEFIN VOM DIENST

Danke der Nachfrage, tatsächlich könnte es besser sein, denn Österreichs Wohlstand schwindet – das zeigt der jüngste Wohlstandsbericht der Arbeiterkammer Wien. Der Bericht formuliert fünf Hauptziele einer wohlstandsorientierten Wirtschaftspolitik: fair verteilter materieller Wohlstand, Vollbeschäftigung und gute Arbeit, hohe Lebensqualität, intakte Umwelt und ökonomische Stabilität. Erschreckend dabei: Zum ersten Mal seit sechs Jahren verzeichnen alle Wohlstandsindikatoren Rückschritte. Besonders alarmierend sind die explodierenden Wohnkosten.

Was hat die Regierung unternommen, um die Teuerung einzudämmen? Wenig! Allein die Energiekrise als hauptverantwortlich für die Teuerung zu benennen greift zu kurz. Auch Unternehmensgewinne in bestimmten Branchen treiben die Inflation voran. Daher ist es dringend notwendig, die Löhne im Einklang mit den gestiegenen Lebenshaltungskosten zu erhöhen, um die Kaufkraft zu erhalten und Reallohnverluste abzuwehren. Den diesjährigen Herbstlohnrunden kommt deshalb enorme Bedeutung zu, um den Wohlstand der Arbeitenden zu sichern.

Traditionell messen wir den Wohlstand am Bruttoinlandsprodukt, also der Wirtschaftsleistung des Landes. Das BIP sagt jedoch nichts darüber aus, wie Wohlstand verteilt ist. Und viele Faktoren, die Wohlstand beeinflussen, umfasst es erst gar nicht, etwa Bildung, Gesundheit, persönliche Zufriedenheit, Umwelt- und Klimaaspekte. Angesichts der Klimakrise werden zunehmend Stimmen laut, die mahnen, dass ein unbegrenztes Wachstum auf einem begrenzten Planeten nicht möglich sei. Auch große Institutionen wie die Europäische Union oder die Organisation für Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) machen sich bereits Gedanken über alternative Wohlstandsindikatoren.

Die gute Nachricht: Es gibt Alternativen. Der Wohlstandsbericht der Arbeiterkammer Wien weist den Weg zu einer wohlstandsorientierten Wirtschaftspolitik. Auch die Idee der Besteuerung von Superreichen, wie sie Millionenerbin Marlene Engelhorn fordert, könnte dringend benötigte Mittel für Investitionen in Bildung und den Klimaschutz bereitstellen, von denen nicht nur Spitzenverdiener:innen profitieren.

Der renommierte französische Ökonom Thomas Piketty bringt unser „Wohlstandsproblem“ auf den Punkt: „Wir waren als Gemeinschaft noch nie so reich wie heute. Die Behauptung, dass wir uns das nicht leisten können, klingt für mich verrückt.“

Inhalt

DIE VERMESSENHEIT DES WOHLSTANDS

06 Das Bruttoinlandsprodukt steht zunehmend in der Kritik, nichts über Wohlstand auszusagen: Denn während das BIP in den vergangenen Jahren anstieg, sinkt der Wohlstand im Land. Wer hat sich vermessen? Dieser Frage geht Johannes Greß in der Coverstory nach.

DA MÜSSTEN ALARMGLOCKEN SCHRILLEN

12 Wir haben jetzt schon den höchsten Kaufkraftverlust seit Beginn der Zweiten Republik, beklagt der neue Chefverhandler Reinhold Binder im Interview mit Alexia Weiss. Kürzere Arbeitszeiten sind für ihn ein Muss, ein gesetzlicher Mindestlohn ein No-Go.

WIE WOHNEN LEISTBAR WIRD

40 Inflation, Spekulation und Mietpreisexlosion: Die Wohnkosten wachsen vielen Menschen über den Kopf. Deshalb sind massive Investitionen in gemeinnützigen und sozialen Wohnbau jetzt ein Gebot der Stunde, wie Robert Misik recherchiert hat.

Welchen Wohlstand brauchen wir?	11
Die große Frage beantwortet Ulrich Brand	
Inflationäre Fehlentscheidungen	16
Wer von der Inflation profitiert und wer verliert	
Was beschäftigt aktuell Betriebsrät:innen?	19
Drei Betriebsrät:innen im Blitzlicht	
Was man sich wirklich sparen könnte	20
Sozialökonomische Betriebe kämpfen gegen Spardruck	
Der Preis ist heiß!	24
In Zahlen gegossen: Unternehmensgewinne treiben die Inflation	
Schauplatz Bauplatz	26
Reportage zum ÖBB-Pumpspeicherkraftwerk Tauernmoos	
Besteuert endlich die Superreichen!	32
Im Gespräch mit der Millionenerbin Marlene Engelhorn	
Kohle mit Ende	36
Deutschland will bis 2038 raus aus der Kohleverstromung	
Öffentliches Vermögen für ein gutes Leben	39
Eine Analyse aus dem A&W-Blog	
Alles andere als harmlos	44
Historie: Ökonom Thomas Piketty über steigende Ungleichheit	
Das Geld ist da, der Wille fehlt	46
Das letzte Wort hat Helene Schuberth	



HERBST LOHNRUNDE 2023

Arbeit&Wirtschaft Newsticker

Bleiben Sie informiert über die neuesten Entwicklungen in den Kollektivvertragsverhandlungen. Der Newsticker von Arbeit&Wirtschaft liefert spannende Einblicke in die Herbstlohnrunde und begleitet die aktuellen Verhandlungen mit allen wichtigen Updates und Entwicklungen.

Hier geht's zum Newsticker zur Herbstlohnrunde 2023

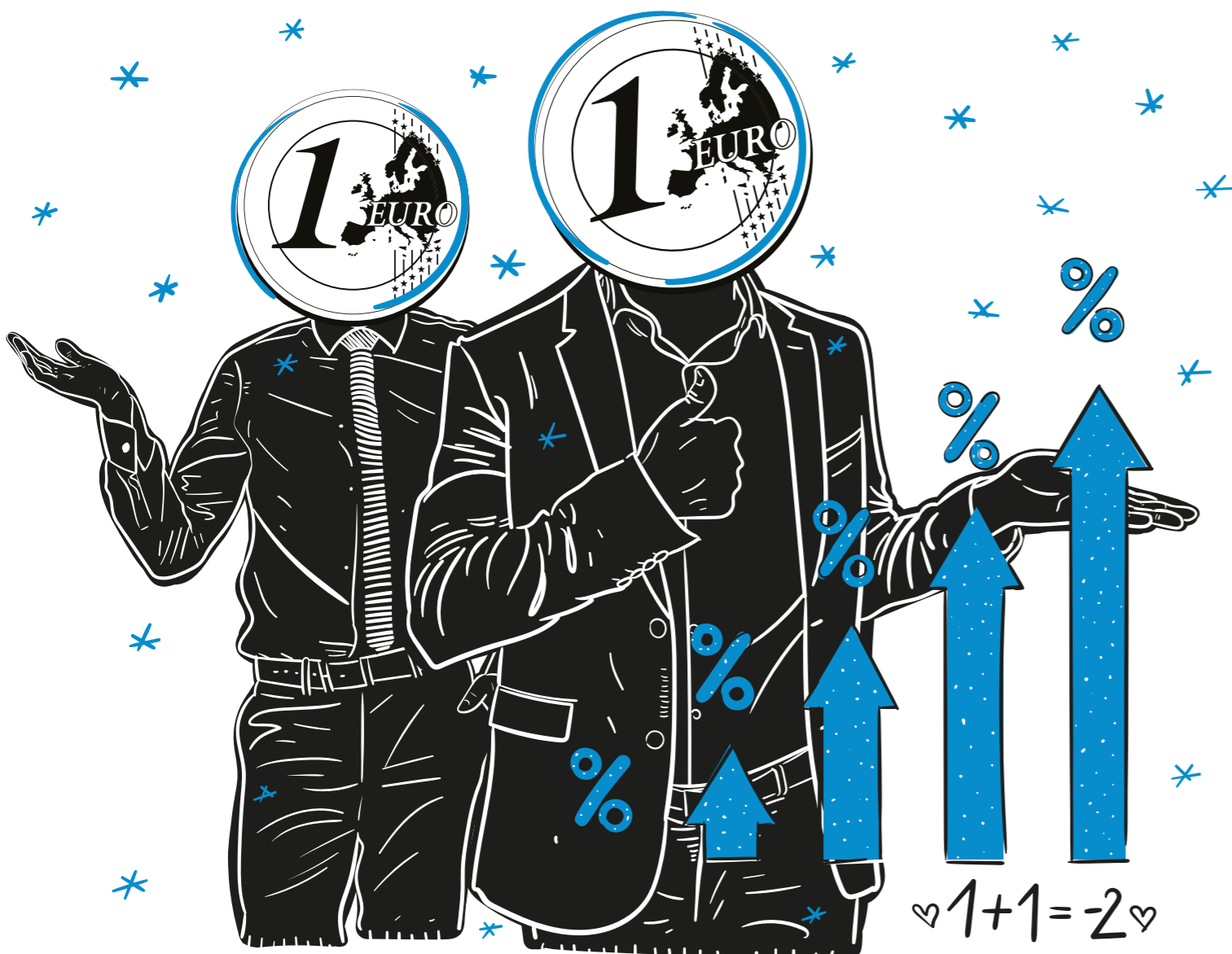
www.arbeit-wirtschaft.at/herbstlohnrunde



Die Vermessenheit des Wohlstands

In den beiden vergangenen Jahren wuchs die heimische Wirtschaft um jeweils mehr als vier Prozent. Gleichzeitig sinkt der Wohlstand im Land. Wer hat sich vermessen?

TEXT JOHANNES GRESS



Ein Bonmot, das in Unternehmenskreisen rege zitiert wird, lautet: „Geht’s der Wirtschaft gut, geht’s uns allen gut.“ Wirtschaftswachstum, höhere Produktion und mehr Arbeitsplätze führen demnach quasi automatisch zu mehr Wohlstand. Auch die Kritik an dieser Gleichung gibt’s in Form eines Bonmots: „Geht’s der Wirtschaft gut, geht’s der Wirtschaft gut“ – denn über den Rest der Gesellschaft sage die Entwicklung wirtschaftlicher Kennzahlen wenig.

Ob es der Wirtschaft gut oder schlecht geht, wird meist anhand einer nahezu magischen Zahl illustriert: des Bruttoinlandsprodukts (BIP), der Summe aller im Inland produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich Vorleistungen. Auch an diesem Freitag Anfang Oktober war es wieder so weit: Umringt von Kameras und Mikros präsentierten das Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) und das Institut für Höhere Studien (IHS) ihre Konjunkturprognose für 2023 und 2024. Entgegen vorherigen Schätzungen rechnen WIFO und IHS für dieses Jahr mit einer milden Rezession von $-0,8$ bzw. $-0,4$ Prozent. 2023 sei somit konjunkturell „zum Vergessen“, so WIFO-Chef Gabriel Felbermayr. Nur eine einzige Zahl, einige Zehntel unter dem Nullpunkt, kann ein gesamtes Jahr als ökonomisch hinfällig brandmarken.

„Das Bruttoinlandsprodukt misst alles, außer dem, was das Leben lebenswert macht.“

Robert F. Kennedy,
US-amerikanischer Politiker

Zwei Tage zuvor präsentierte die Arbeiterkammer den „AK-Wohlstandsbericht 2023“: weniger griffig, nicht in einer Zahl verdichtet, sondern in Form von fünf übergeordneten und 30 Teilzielen und auf 111 Seiten ausgebreitet. Das Erstaunliche: Während das BIP in den beiden Vorjahren um 4,2 bzw. 4,8 Prozent anstieg, zeigt der Bericht einen Wohlstandsverlust in sämtlichen untersuchten Kategorien (fair verteilter Wohlstand, Vollbeschäftigung, Lebensqualität, intakte Umwelt, ökonomische Stabilität).

Diese Diskrepanz wirft Fragen auf: Wie viel sagt das BIP über den Wohlstand einer Bevölkerung aus? Welche Alternativen gibt es? Und wie können diese politisch realisiert werden?

„It’s the economy, stupid!“

Spätestens seit den 1950er-Jahren gilt das BIP als zentraler Wohlstandsindikator. Die Präsentation der Wirtschaftsleistung erregt stets mediales Aufsehen, Regierungen aller Couleur müssen sich an



Gewerkschaften haben seit jeher ein breiteres Wohlstandsverständnis, erklärt ÖGB-Klimaexperte Martin Reiter. Dazu zählen etwa soziale Gerechtigkeit, Mitbestimmung im Betrieb oder ökologische Themen.

deren Entwicklung messen lassen – und oft reichen wenige Zehntelprozentpunkte im Minus, um das Ende einer Legislaturperiode einzuläuten.

Der Aufstieg des Bruttoinlandsprodukts fällt in eine Zeit, die in Westeuropa und Nordamerika für breite Schichten enorme Wohlstandszuwächse mit sich brachte. In Österreich waren in den 1960er- und 1970er-Jahren Wachstumsraten von fünf Prozent und mehr sowie entsprechende Lohnzuwächse keine Seltenheit. Mit dem Lohn und der Beschäftigungsquote stiegen die Zahl der Kühlschränke in Österreichs Küchen und jene der Autos vor den Haustüren. Diese Dynamik verhalf der Formel „Mehr Wachstum gleich mehr Produktion gleich mehr Wohlstand“ zu ihrem Durchbruch.

Für die Regierenden brachte die Verdichtung des Wohlstands in einer Zahl gravierende Vorteile mit sich: Zum einen wird das Wohlergehen der Bevölkerung denkbar einfach kommunizierbar, die magische Zahl lässt sich gut auf Titelseiten abdrucken und in Grafiken veranschaulichen. Zum anderen können sich die Regierenden unbequemer Fragen entledigen. Solange der Kuchen jährlich wächst, muss man sich für die ungleiche Verteilung der Kuchenstücke nicht rechtfertigen. „It’s the economy, stupid!“, „Es ist die Wirtschaft, Dummkopf!“, warb der US-amerikanische Präsidentschaftskandidat Bill Clinton 1992 um Stimmen – erfolgreich, obwohl der damalige Amtsinhaber George Bush zuvor Zustimmungswerte von 90 Prozent hatte. Anders formuliert: Als Regierung habe man sich nicht um politischen Kleinkram zu kümmern – solange die Wirtschaft wächst, ergibt sich der Rest von selbst.

Das BIP konstruiert ein symbolisches „Wir“, das über Klassengegensätze und Verteilungsfragen hinwegtäuschen soll: Formulie-

rungen wie „unsere“ Wirtschaftsleistung, „unser“ Wohlstand oder „unsere“ Kaufkraft verschleiern die Tatsache, dass mit „uns“ längst nicht alle gemeint sind.

Die Grenzen des Wachstums

Die Kritik am BIP ist in etwa so alt wie der Indikator selbst. In den 1960er-Jahren bemerkt der US-amerikanische Politiker Robert F. Kennedy spöttisch: „Das Bruttoinlandsprodukt misst alles, außer dem, was das Leben lebenswert macht.“

„Wohlstand ist nicht auf einen Indikator reduzierbar“, betont Jana Schultheiß, Referentin für öffentliche Haushalte und Sozialstaat der AK Wien, im Gespräch mit A&W. Unbezahlte Care-Arbeit, der Gender-Pay-Gap und Vermögensungleichheit sind darin nicht abgebildet, ebenso wenig die Umweltzerstörung, die der Wachstumsfetisch verursacht. Ob der Strom aus einem Kohlekraftwerk oder aus einem Wasserkraftwerk kommt, macht für das BIP keinen Unterschied. Selbst ein Autounfall gilt in diesem streng ökonomischen Korsett als Wohlstandszuwachs.

An die vor allem in den 1970ern zunehmend lauter werdende Kritik schließt sich die Frage an: Was verstehen wir eigentlich unter Wohlstand? Welche Bedeutung haben eine intakte Umwelt, menschenwürdige Arbeit, die physische und psychische Gesundheit, die Lebenszufriedenheit und -erwartung, Geschlechtergerechtigkeit, leistbare Mobilität, hochwertige Bildung und qualitative Pflege für unseren Wohlstand? Verstehen wir unter Wohlstand einen Sitz im Chefsessel, regelmäßige Billigflüge gen Süden und PS-starke Autos oder Zeit für Freund:innen und Hobbys und gesunden Schlaf?

In die Zeit der zunehmenden Kritik am BIP fällt auch die Präsentation eines bis heute wegweisenden Berichts: Mit „Die Grenzen des Wachstums“ belegte ein Team um Donella und Dennis Meadows vom Massachusetts Institute of Technology (MIT) im März 1972 erstmals systematisch, dass ungebremstes Wirtschaftswachstum und eine intakte Umwelt auf Dauer unvereinbar sind. Sie waren mit ihren Vorhersagen erstaunlich präzise, wie die Politikwissenschaftler:innen Alina Brad und Ulrich Brand zum 50-jährigen Jubiläum des Berichts herausstreichen. „Viele Studien zeigen: Die Vorstellungen einer grünen Ökonomie, nämlich Umweltschutz und Wirtschaftswachstum zu versöhnen, wird nicht klappen“, so Brad und Brand.

Heute wissen wir: Die Umweltzerstörung, der Ressourcen- und Energieverbrauch und die Treibhausgasemissionen, die Wirtschaftswachstum unweigerlich verursacht, bringen Wohlstand, den sozialen Frieden und unsere Lebensgrundlagen vermehrt in Gefahr. Vergangenen Sommer starben hierzulande 419 Menschen an Hitze, die Kosten häufiger werdender Extremwetterereignisse, Hochwasser, Hangrutschungen, Ernteausfälle und dergleichen betragen laut dem vom Klima- und Energiefonds geförderten Projekt COIN (Cost of Inaction, Kosten des Nicht-Handelns) bereits heute jähr-

lich eine Milliarde Euro. Bis zur Mitte des Jahrhunderts gehen die Forscher:innen von Kosten zwischen 3,8 und 8,8 Milliarden Euro jährlich aus. Durch Hangrutschungen und Überflutungen unterbrochene Lieferketten und die verminderte Leistungsfähigkeit der Arbeiter:innen bei Hitzestress führen laut Wissenschaftler:innen der Karl-Franzens-Universität Graz im Sektor Handel und Fertigung zwischen 2016 und 2045 zu Produktivitätsverlusten von bis zu 40 Millionen Euro jährlich und bis 2065 bis zu 140 Millionen Euro pro Jahr. Weltweit führen Konflikte um knapper werdende Ressourcen zu immer mehr Kriegen und Fluchtbewegungen.

„Der Wohlstandsbericht ist nicht nur eine weitere Bestandsaufnahme, sondern er enthält konkrete Handlungsempfehlungen für die Bundespolitik.“

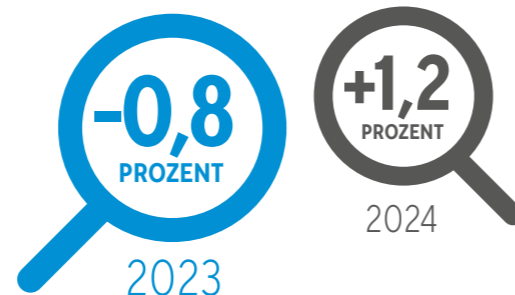
Jana Schultheiß,
AK-Expertin für öffentliche Haushalte

Zuwächse und Rückschläge

Im Bruttoinlandsprodukt wird all das nicht abgebildet. Laut UN gibt es global rund 500 alternative Indizes, die den Wohlstand nicht nur basierend auf wirtschaftlichen Kennzahlen vermessen. Einer der bekanntesten, der „Human Development Index“ (HDI) der Vereinten Nationen, oder der „Better Life“-Index der OECD beziehen eine Reihe weiterer Faktoren wie Gesundheit, Bildung oder Lebenszufriedenheit mit ein. Auch Gewerkschaften verfolgen seit jeher ein breiteres Wohlstandsverständnis, erklärt Martin Reiter, Leiter des ÖGB-Klimabüros. „Dazu zählen gewerkschaftliche Kernthemen, wie soziale Gerechtigkeit oder Mitbestimmung im Betrieb, oder ökologische Themen, die allesamt im BIP nicht

Konjunkturprognose für 2023 und 2024

Quelle: Pressekonferenz von WIFO und IHS, 6. 10. 2023



Unbezahlte Care-Arbeit, der Gender-Pay-Gap, Umweltzerstörungen und Vermögensungleichheit sind im BIP nicht abgebildet, kritisiert Jana Schultheiß, Referentin für öffentliche Haushalte in der AK Wien.

abgebildet werden“, so Reiter. „Sieht man sich Gewerkschaftspublikationen aus der Vergangenheit an, so sieht man, dass schon in den 1970ern intensive Diskussionen um nachhaltiges Wirtschaften im Sinne der Beschäftigten geführt wurden.“

Die Arbeiterkammer Wien präsentiert mit dem seit 2018 jährlich erscheinenden „AK-Wohlstandsbericht“ eine alternative Betrachtungsweise. Der Wohlstandsbericht knüpft an die internationale Debatte und zahlreiche Initiativen zur Vermessung des „gesellschaftlichen Fortschritts“ und an das „magische Vieleck wohlstandsorientierter Wirtschaftspolitik“ an, erklärt AK-Expertin Schultheiß, die am diesjährigen Wohlstandsbericht federführend beteiligt war. Bedingt durch Pandemie und Teuerung „verzeichnet die Entwicklung von Wohlstand und Wohlergehen weiterhin Rückschläge“, heißt es in der Einleitung zum diesjährigen Bericht. Erstmals sind bei allen fünf übergeordneten Zielen negative Entwicklungen zu verzeichnen. Bei lediglich fünf von 30 Teilzielen erwarten die Autor:innen im kommenden Jahr eine positive Entwicklung.

Wichtig sei, so Schultheiß, „dass dieser Bericht nicht nur eine weitere Bestandsaufnahme ist, sondern konkrete Handlungsempfehlungen für die Bundespolitik enthält“. Schultheiß schlägt beispielsweise vor, die Regierung solle jedes Jahr im Frühjahr wohlstandsorientierte Ziele definieren und ihre Politik daran ausrichten. Zur Unterstützung sollen einheitliche Zielindikatoren entwickelt werden, zum Beispiel von einem Wohlstandsbeirat, der – ähnlich dem Fiskalrat – die nachhaltige Entwicklung von Wohlstand und Wohlergehen bewertet.

Von einem solchen umfassenden Bild könne die ganze Gesellschaft profitieren, glaubt Schultheiß. Auch die Probleme marginalisierter Gruppen könnten sichtbarer werden – jener Gruppen, deren Wohlbefinden im BIP unsichtbar bleibt: Ihre Mieten steigen stärker als ihre Einkommen, ihre Arbeit geht zulasten ihrer Gesundheit, und sie sind häufig von Ausgrenzung und Diskriminierung betroffen. „Letztlich läuft es auf das gute Leben für die Vielen hinaus“, fasst Schultheiß die Forderung nach alternativen Wohlstandsverständnissen zusammen.

„Change by design, not by disaster“, fordert ÖGB-Experte Martin Reiter mit Blick auf das gute Leben für die Vielen, spricht: Es braucht einen regulativen Rahmen, um die notwendigen Veränderungen unserer Produktions- und Lebensweise zu gestalten (design) – ansonsten droht eine Kaskade sich gegenseitig verschärfender Krisen mit unvorhersehbarem Ausgang (disaster). In den Reihen der Gewerkschaftsbewegung firmiert der Versuch einer ökologisch und sozial nachhaltigen Umgestaltung der Gesellschaft unter dem Titel „Just Transition“ („gerechter Wandel“). Ein Kerngedanke der „Just Transition“ ist die Forderung, Soziales und Ökologisches gemeinsam zu denken, wie das beispielsweise in Form einer Arbeitszeitverkürzung oder von „Zeitwohlstand“ deutlich wird. Lohnabhängige sollen ihren Einkommenszuwachs in Arbeitszeitverkürzung umwandeln können, beispielsweise indem sie weniger Wochenstunden arbeiten, mehr Urlaub nehmen oder früher in Pension gehen. Anders formuliert: Lohnzuwächse sollen ihren Ausdruck nicht wie bisher in materiellen, sondern in immateriellen Wohlstandszuwächsen finden.



Eine Arbeitszeitverkürzung ist eine Möglichkeit, um Wohlstand nicht nur anders zu denken, sondern auch anders zu leben. Seit der letzten Arbeitszeitverkürzung vor knapp 50 Jahren herrscht jedoch Stillstand, beklagt ÖGB-Rechtsexperte Martin Müller.

„Geht's uns allen gut, geht's uns allen gut!“

Vor knapp 50 Jahren wurde die Normalarbeitszeit in Österreich (bei vollem Lohnausgleich) von 45 auf 40 Wochenstunden gesenkt, seither herrscht Stillstand, beklagt Martin Müller, Leiter des Referats Rechts- und Kollektivvertragspolitik des ÖGB. Im Vergleich zu einer Zeit, in der Nachrichten auf Schreibmaschinen verfasst wurden und von KI-gestützter Logistik und digitaler Buchführung noch keine Rede sein konnte, ist die heutige Arbeitswelt um ein Vielfaches automatisierter und effizienter. „Die Frage ist: Wohin fließen die Gewinne aus dieser Produktivitätssteigerung?“, so Müller.

Dass Menschen trotz Produktivitätszuwächsen nach wie vor 40 und mehr Stunden pro Woche Lohnarbeiten, ist kein Naturgesetz. Aus kurzfristiger ökonomischer Sicht bedeuten längere Arbeitszeiten für die Unternehmer:innen höhere Profite. Ein weiterer Faktor sei eine weit verbreitete „Gutsherrenmentalität“: Je länger die Arbeitszeit, desto mehr Kontrolle können Unternehmer:innen über Lohnabhängige ausüben. Hierbei gehe es weniger um betriebswirtschaftliche Fragen als vielmehr um ideologische Fragen von Macht, Kontrolle und Herrschaft.

Die Vorteile einer Arbeitszeitverkürzung liegen auf der Hand, mittlerweile gibt es Dutzende Beispiele dafür. In Island etwa wechselten 2.500 Beschäftigte (1,3 Prozent der isländischen Bevölkerung) ohne Gehaltskürzung für fünf Jahre in den Vier-Tage-Modus

und arbeiteten statt wie bisher 40 nunmehr 36 bzw. 35 Stunden. Die Teilnehmer:innen gaben an, sich seither fitter, gesünder, glücklicher zu fühlen, und waren weniger anfällig für Burnout oder Stresssymptome. Männer in heterosexuellen Beziehungen übernahmen mehr unbezahlte Heimarbeit. Die Produktivität der Teilnehmer:innen blieb gleich und nahm in einigen Fällen sogar zu. Eine Arbeitszeitverkürzung kann zudem positive ökologische Effekte haben. Eine Verringerung des Pendler:innenverkehrs durch eine verkürzte Wochenarbeitszeit könnte laut einer Studie des ÖGB jährlich 250.000 Tonnen CO₂ einsparen. Zum Vergleich: Die Gesamtemissionen des Verkehrssektors beliefen sich vergangenes Jahr auf gut 20 Millionen Tonnen CO₂.

Die jahrzehntelange Gleichsetzung von Wohlstand und Wirtschaftswachstum führte dazu, dass Forderungen nach einer (ökologisch dringend notwendigen) Abkehr vom Wachstum mit Verzicht, Entbehrung und mit Wohlstandsverlusten assoziiert werden; dass also materieller Wohlstand mit Wohlstand an sich gleichgesetzt wird. Eine Arbeitszeitverkürzung ist eine Möglichkeit, um Wohlstand nicht nur anders zu denken, sondern auch anders zu leben. Daher müsste (um eine letzte Abwandlung des eingangs erwähnten Bonmots zu zitieren) die dahinterstehende politische Forderung lauten: „Geht's uns allen gut, geht's uns allen gut!“

Welchen Wohlstand brauchen wir?

Österreich verfügt über einen hohen materiellen Wohlstand. Doch immer mehr Menschen wissen nicht mehr, wie sie mit ihrem Geld bis zum Monatsende auskommen sollen. Gleichzeitig haben einige so viel, dass sie problemlos etwas abgeben könnten, um das Gemeinwesen zu finanzieren. Das sind Themen der (Um-)Verteilung. Bisher war diese einfacher, wenn die Wirtschaft gewachsen ist. In Zeiten der sich dramatisch verschärfenden Klimakrise geht das nicht mehr. Daher benötigen wir einen anderen Wohlstand: weniger Autos, dafür mehr Mobilität mit Öffis, Rad- und Fußwegen. Die Pflege sollte ausgebaut werden. Ökologische Landwirtschaft statt Fleischfabriken. Das

sind schwierige Themen, die umsichtig angegangen werden müssen. Der notwendige Rückbau einiger Sektoren wie der Automobilproduktion darf nicht zulasten der Beschäftigten gehen. Konzepte dafür gibt es genug. Das Leitbild sind sozial-ökologische Infrastrukturen und eine handlungsstarke öffentliche Hand – damit alle Menschen so leben können, dass die Natur nicht zerstört und andere Menschen nicht ausgebeutet werden. Politik wird glaubwürdig, wenn sie den sozial-ökologischen Umbau mit der Umverteilung von Einkommen und Vermögen verbindet. Auch Kollektivvertragsverhandlungen sind ein wichtiges Element für ein gutes Leben für alle.



ULRICH BRAND

PROFESSOR FÜR INTERNATIONALE POLITIK AN DER UNIVERSITÄT WIEN

Da müssten Alarmglocken schrillen

Klare Kante vom Start weg: Reinhold Binder ist seit Sommer Vorsitzender der Produktionsgewerkschaft PRO-GE. Im Interview mit Arbeit&Wirtschaft erteilt er dem gesetzlichen Mindestlohn eine Absage und spricht sich für eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung aus.

INTERVIEW ALEXIA WEISS

„Unternehmensgewinne haben die Teuerung angeheizt. Jetzt müssen die Löhne steigen, um die Kaufkraft zu sichern“, fordert Reinhold Binder.



Ein leichter Einstieg in die neue Aufgabe ist Reinhold Binder nicht vergönnt. Das ganze Land schaut seit Herbst mit Argusaugen auf die Kollektivvertragsverhandlungen einer Branche: der „Metaller“. Hier wird abgesteckt, was im Interesse der Arbeitnehmer:innen erreicht werden kann. Der Metaller-Abschluss für rund 200.000 Beschäftigte hat Signalwirkung für die Lohn- und Gehaltsverhandlungen anderer Branchen. Doch schon zu Beginn zeichnet sich heuer ein schwieriger Verhandlungsprozess ab. Seit Ende 2021 steigen die Verbraucherpreise hierzulande stark an, in manchen Monaten in zweistelliger Höhe. Wie die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) im September errechnete, lösten zunächst stark gestiegene Importpreise die hohe Inflation aus. Seit Mitte des Jahres 2022 sind aber zunehmend sogenannte Zweitrundeneffekte zu beobachten: Steigende Unternehmensgewinne verstärken den Preisaufrtrieb, zunächst im Energiesektor, später auch in anderen Wirtschaftsbereichen. Die OeNB empfiehlt zwar „eine moderate Entwicklung der Gewinnspannen“, spricht sich aber auch für „Augenmaß bei den Lohnverhandlungen“ aus.

Dementsprechend klaffen die Forderungen der Gewerkschaften (PRO-GE und GPA) und das Angebot der Arbeitgeber:innen weit auseinander.

Reinhold Binder bleibt dennoch erstaunlich ruhig. Wir treffen ihn zum Interview in seinem Büro in der Zentrale der PRO-GE. Es gehe um den Respekt gegenüber der schweren Arbeit der Arbeitnehmer:innen in dieser Branche, betont er wiederholt. Menschen gingen nicht nur aus Freude an der Arbeit in die Schicht, Arbeit müsse auch so entlohnt werden, dass sich Arbeitnehmer:innen etwas leisten könnten. Aufgrund der hohen Inflation werde der Alltag aber immer teurer und führe zu einem Reallohnverlust. Das müsse den Arbeitnehmer:innen abgegolten werden.

Arbeit&Wirtschaft: In Ihren ersten Metaller-Lohnverhandlungen als Vorsitzender der PRO-GE waren Sie damit konfrontiert, dass die Arbeitgeber:innenseite versucht hat, die Spielregeln zu ändern. Die PRO-GE forderte 11,6 Prozent mehr Lohn. Die Arbeitgeber:innen boten 2,5 Prozent sowie eine Einmalzahlung von 1.050 Euro. Damit gingen die Arbeitgeber:innen davon ab, die rollierende Inflation als Basis zu nehmen. Was dachten Sie sich in diesem Moment?

Reinhold Binder: So etwas war ein Stück weit zu erwarten, weil wir uns in einer außerordentlichen Situation befinden. Die Spielregeln wurden aber nicht nur von den Arbeitgeber:innen missachtet, sondern auch von vielen Zurufer:innen rund um die Politik. Ich denke da an Ökonom:innen, die zwar nicht selbst am Verhandlungstisch sitzen, aber freundliche Empfehlungen abgeben. Und bei diesen freundlichen Empfehlungen ist immer die spannende Frage: Wer profitiert davon? Da müssen wir sagen: Alle Modalitäten, die die rollierende



REINHOLD BINDER

Geb. 1978 in Oberösterreich, gelernter Werkzeugmacher. Sein gewerkschaftliches Engagement begann er als Jugendvertrauensrat in seinem Ausbildungsbetrieb Greiner Extrusion. Zur PRO-GE in Wien stieß er 2016 und war dabei für Organisation und Kampagnen zuständig. Seit 2018 wirkte er als Bundessekretär der PRO-GE. Im Sommer 2023 übernahm er den Vorsitz von Rainer Wimmer.

Inflation ignorieren, gehen gegen die Arbeitnehmer:innen. Außerdem ist es immer problematisch, während eines Rennens das Pferd umzusatteln. Aus unserer Sicht ist es wichtig, Parameter zu haben, die man vergleichen und messen kann.

Die Arbeitgeber:innenseite argumentiert, dass die Abschaffung der kalten Progression in dieses erste Angebot einberechnet wurde.

Genau das lassen wir nicht zu. Es wurde keine Steuerprogression abgeschafft, sondern es wurden Steuerstufen verflacht. In Wirklichkeit geht es ja auch um Geld, das die Arbeitnehmer:innen schon bezahlt haben, und sie bekommen es durch die niedrigeren Steuerstufen auch nicht retour – sie müssen nur künftig weniger Steuern zahlen. Das nun hineinrechnen zu lassen, ist nicht fair und respektlos gegenüber den Arbeitnehmer:innen.

Arbeitgeber:innen ließen auch mit der Aussage aufhören, sie seien weder für den Erhalt der Kaufkraft der Beschäftigten verantwortlich, noch sehen sie sich in der Pflicht, die Inflation abzubilden. Warum ist das für Sie inakzeptabel?

Weil die Kaufkraft ein ganz wesentlicher Parameter im Wirtschaftskreislauf ist. Das haben die führenden Ökonom:innen aktuell auch bestätigt. Es ist jetzt notwendig, die Kaufkraft zu sichern. In der Vergangenheit sind die Preise gestiegen, jetzt müssen die Löhne hinauf. Jetzt muss die Teuerung abgedeckt werden, um eben die Kaufkraft zu sichern.

Dann wird sofort dagegeng gehalten, wie diesen September zum Beispiel von der OeNB: Höhere Löhne treiben die Inflation weiter an.

In Wirklichkeit ist es ja so, dass die Preise nie sinken. Sie steigen, sie steigen horrend oder sie steigen möglicherweise ein bisschen



moderater. Aber Fakt ist: Die Preise steigen immer. Und nachdem sie nun eklatant gestiegen sind, müssen die Löhne hinauf. Wir haben jetzt schon den höchsten Kaufkraftverlust seit Beginn der Zweiten Republik. Da müssten eigentlich die Alarmglocken schrillen.

Welches Licht werfen die heurigen Metal-Verhandlungen, die ja auch als Lokomotive für alle folgenden Lohn- und Gehaltsverhandlungen in anderen Branchen gelten, auf den Zustand der Sozialpartnerschaft?

Einerseits hat man bei den Verhandlungen Partner. Das ist die Basis, dass man sich als Sozialpartner spürt, dass man etwas hat, was man gemeinsam vorlegt. Was mich allerdings sehr nachdenklich stimmt, ist, dass wir als Sozialpartner bereits vor über 19 Monaten in der Frage der Bekämpfung der Teuerung ein gemeinsames Neun-Punkte-Programm vorgelegt haben. Das Papier wurde von der Politik ignoriert. Die spannende Frage ist daher: Wie steht die Politik zur Sozialpartnerschaft? Und leider haben wir schmerzlich zur Kenntnis nehmen müssen, dass der Bundeskanzler auf die Sozialpartnerschaft pfeift – Stichwort: Video.

Da muss man schon auch betonen: Die Sozialpartnerschaft, das sind nicht nur die Arbeitnehmer:innen, das sind auch Wirtschaftsvertreter:innen. Das stimmt mich sehr nachdenklich, denn in Zeiten einer Krise müssen die Ohren ganz besonders in Richtung Sozialpartner gespitzt sein. Positiv ist aber auch zu sagen: Wir haben in Österreich eine 98-prozentige Kollektivvertragsabdeckung. Das zeigt doch die hohe Bereitschaft, auf sozialpartnerschaftlicher Ebene in der Kollektivvertragspolitik etwas zustande zu bringen.

Stichwort Krise: Immer wieder ist da zu hören, es brauche eine besondere Zurückhaltung der Arbeitnehmer:innen, denn hohe Lohnabschlüsse wären ein Wettbewerbs- und Standortnachteil.

Das sehe ich nicht so. Das Wichtigste ist, den Arbeitnehmer:innen wieder die Perspektive zu geben, dass man sich das Leben leisten kann. Und es ist kein sozialer Akt, dass Arbeitnehmer:innen tagtäglich aufstehen und in die Schicht fahren und dort harte und schwere Arbeit verrichten. Wir haben gerade in den Produktionsbetrieben Arbeitsbedingungen, wo du ja nach ver-

richteter Arbeit duschen musst, damit du überhaupt ins Auto einsteigen kannst. Es ist eine Frage des Respekts, hier vernünftige Lohn- und Gehaltsforderungen zu erfüllen, sodass die Kaufkraft gesichert ist. Ja, Arbeit soll im Idealfall wertgeschätzt und sinnstiftend sein, aber es geht schon auch darum, einen vernünftigen Lohn zu bekommen.

„Einige Unternehmen haben bereits eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich umgesetzt. An solchen positiven Modellen sollten wir uns orientieren.“

Reinhold Binder, Vorsitzender der PRO-GE

Man muss das auch perspektivisch sehen: Vom Lohn bzw. Gehalt muss man sich auch etwas aufbauen und leisten können. Da ist ein riesengroßer Umbruch in der Gesellschaft passiert. Wir sehen das an den Lebenshaltungskosten, die eklatant ge-

„Wir haben jetzt schon den höchsten Kaufkraftverlust seit Beginn der Zweiten Republik. Da müssten eigentlich die Alarmglocken schrillen“, sagt Reinhold Binder.

eine Stimme finden. Es ist daher wichtig, dass die Sozialpartner auf kollektivvertraglicher Ebene nicht nur Mindestlöhne, sondern gesamte Lohntabellen verhandeln und beschließen.

In Kollektivvertragsverhandlungen geht es nicht nur um Löhne, sondern auch um Zeit – von mehr Urlaub bis hin zu einer Arbeitszeitverkürzung.

Ja, wir fordern einerseits die sechste Urlaubswoche. Erstmals in dieser Form haben wir den Arbeitgeber:innen dieses Jahr vorgeschlagen, dass ein Teil des Ist-Lohnes oder Gehaltsabschlusses in zusätzliche Zeit umgewandelt werden kann, wobei die Arbeitnehmer:innen hier ein einseitiges Wahlrecht hätten. Arbeit ist sehr belastend, wir müssen darauf schauen, dass Arbeitnehmer:innen lang und gesund im Erwerbsleben bleiben. Daher ist es wichtig, das Thema Arbeitszeit mitzuverhandeln. Für Kolleg:innen mit kleinen Kindern, die derzeit in Teilzeit sind, würden der Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen und eine Verkürzung der wöchentlichen Normalarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich dazu führen, dass man vor allem Frauen wieder schneller in Vollzeitbeschäftigung bringt. Das würde sich auch positiv auf die Pensionsansprüche auswirken.

Die voestalpine, ein Leitbetrieb der Metallindustrie, hat zum Beispiel schon vor einigen Jahren in manchen Bereichen eine Arbeitszeitverkürzung umgesetzt.

Einige Unternehmen haben bereits eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich umgesetzt. Es gibt dabei unterschiedliche Modelle, die voestalpine hat zum Beispiel die Soli-Prämie des AMS in Anspruch genommen. In der Papierindustrie haben wir beim vollkontinuierlichen Schichtbetrieb bereits die 36-Stunden-Wo-

che. An solchen positiven Modellen sollten wir uns orientieren.

Wie schwierig ist es als Gewerkschaft, für Arbeitnehmer:innen in verschiedensten Betrieben zu verhandeln, in denen es bereits unterschiedliche Arbeitszeitmodelle gibt?

Das Wichtige ist jetzt – nach 47 Jahren gesetzlich verankerter 40-Stunden-Woche –, die Arbeitszeit generell zu reduzieren. Die zweite Basis sind natürlich die Kollektivverträge, wo es zur Arbeitszeit Gestaltungsmöglichkeiten gibt. Und dann können auch Betriebe eigene Arbeitszeitmodelle wählen. Uns ist wichtig, im Sinn der Arbeitnehmer:innen die Arbeitszeitbelastung zu entschärfen und für eine vernünftige Entlohnung zu sorgen. Bei Schichtarbeit ist es besonders wichtig, längere Freizeitblöcke zur Erholung zu haben. Es ist einfach eine sehr belastende Arbeit.

40 Stunden Wochenarbeitszeit sollen also der Vergangenheit angehören. Wie viele Stunden soll die Arbeitswoche künftig haben: 35 Stunden, 32 Stunden oder 30 Stunden?

Alles, was an Verkürzung umgesetzt werden kann, wäre der richtige Weg. Auch das ist ein Teil des Verteilungskampfes – da geht es eben nicht nur darum, wie sich Löhne und Gehälter entwickeln, sondern auch darum, wie die Arbeitszeit verteilt wird. Es muss nicht sofort die 32-Stunden-Wochen sein. Wenn auf gesetzlicher Ebene auf 38,5 Stunden reduziert werden könnte, wäre das ein erster wichtiger Schritt, den man schnell umsetzen könnte, da es die 38,5-Stunden-Woche schon in vielen Kollektivverträgen gibt. Es bräuchte nur den politischen Willen dazu. Wichtig wäre zudem, den untersten Einstiegslohn in allen Kollektivverträgen auf 2.000 Euro brutto zu heben. ▸

Inflationäre Fehlentscheidungen

Während die grassierende Teuerung von der Regierung „scharf beobachtet“ wird, wächst die Zahl der Inflations-Verlierer:innen stetig an. Das beste Mittel dagegen wären faire Löhne. So lässt sich auch die milde Rezession beenden.

TEXT CHRISTIAN DOMKE SEIDEL



Wenn schon nicht in den Taschen der Beschäftigten, dann muss es doch irgendwo anders sein, das Geld – auch in Zeiten enormer Teuerung. Tatsächlich gibt es eine breite Palette an Gewinner:innen in der Inflation. Die Mehrheit der Bevölkerung gehört allerdings nicht dazu. Genau das könnte zu einem großen Problem für den Wirtschaftsstandort Österreich werden. Denn der steuert gerade in eine milde Rezession, die sich zu einer veritablen Wirtschaftskrise auswachsen könnte, wenn die Zahl der Verlierer:innen nicht drastisch gesenkt wird – zum Beispiel durch faire Lohnabschlüsse.

Wer von der Inflation profitiert

Der Frankfurter Kaufmann und Bankier Mayer Amschel Rothschild (1744–1812) ist so etwas wie der Oscar Wilde für Neoliberale. Ihm wird eine Reihe spitzer Zitate zugeschrieben, darunter der Klassiker „Ihr Geld ist nicht weg, mein Freund, es ist nur woanders“. Zu Beginn der Inflationskrise war leicht zu erkennen, wohin das Geld ging. „Anfangs trieb eine Verteuerung der Importpreise die Inflation – Energie wurde massiv teurer“, erklärt David Mum, Ökonom und in der Bundesgeschäftsführung der Gewerkschaft GPA. Das Geld ging also ins Ausland.

Doch so einfach blieb es nicht, weiß Mum. „Weil die Regierung nur zugeschaut, nicht in die Preispolitik eingegriffen und vor allem auf Einmalzahlungen gesetzt hat, hat sich die Inflation durch die gesamte Preiswirtschaft gefressen.“ Strom, Gas und Benzin benötigt jedes Unternehmen, weshalb alles teurer wurde: Lebensmittel und Dienstleistungen, Papier und der Restaurantbesuch. Da in Österreich viele Mieten an die Inflation gekoppelt sind, erhöhten die Immobilienbesitzer:innen auch gleich noch die Mieten.

Um gegen die Inflation vorzugehen, erhöhte die Europäische Zentralbank den Leitzins, was die Kreditkosten verteuerte. Weil in Österreich der Anteil an Krediten mit variablem Zinssatz im europäischen Vergleich überdurchschnittlich hoch ist, kam es auch hier zu einer enormen Verteuerung für die Verbraucher:innen. Ob diese Maßnahme die Inflation wirklich eingegrenzt hat, ist unter Ökonom:innen derweil umstritten.

Die grassierende Teuerung hat vielen Unternehmen auch als Schleier gedient, hinter dem sie ihre Preise weit stärker erhöhen konnten, als es aufgrund der Inflation nötig gewesen wäre. „In einem Umfeld allgemeiner Preissteigerungen ist es einfach, die Preise zu erhöhen. Da gibt es viele Trittbrettfahrer:innen im Teuerungssog, die ihre Margen erhöht haben. Die Preissteigerungen lagen über der Kostenerhöhung“, führt Mum aus. Eine Gewinn-Preis-Spirale (oder Gierflation) nennen das Ökonom:innen. „Laut der Oesterreichischen Nationalbank war die Inflation 2022 zu fast zwei Dritteln gewinngetrieben“, rechnet Helene Schubert, Chefökonomin des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, im Interview mit Arbeit&Wirtschaft vor.

Wer bei der Inflation verliert

Weil das Geld, das hier in Gewinne fließt, aber irgendwoher kommen muss, gibt es zwingend auch Verlierer:innen in der Inflation. Dazu gehören diejenigen, die Miete zahlen, alle, die einen Kredit mit variablem Zins aufgedrückt bekommen haben, sowie jene, deren Sozialleistungen nicht im gleichen Ausmaß gestiegen sind wie die Preise auf Lebensmittel oder Schulsachen.

Und natürlich verlieren alle, die von ihrer Arbeit leben und nicht von ihrem Kapital. Denn, so Schubert: „Die Arbeitnehmer:innen haben letztes Jahr Lohnerhöhungen unter der aktuellen Inflationsrate geschultert.“ Das ist nur logisch. Denn die Gewerkschaften ver-

Ohne Unternehmensgewinne wäre die Inflation deutlich niedriger

Quelle: OeNB, Q1/2023



„Weil die Regierung nicht in die Preispolitik eingegriffen hat, hat sich die Inflation durch die gesamte Preiswirtschaft gefressen“, kritisiert der Ökonom David Mum.

handeln Lohnerhöhungen auf Basis der rollierenden Inflation. Das ist die Teuerung der vergangenen zwölf Monate. Nimmt die Teuerung gerade zu – so wie im vergangenen Jahr – fallen die rollierende Inflation und damit die Lohnerhöhungen geringer aus als die aktuelle Inflation. Das führt zu Reallohnverlusten. „Jetzt, da die Inflationsraten wieder langsam sinken, liegt die rollierende Inflation eine Zeit lang über der aktuellen monatlichen Inflationsrate, wodurch die Reallohnverluste wieder ausgeglichen werden“, so Schubert.

Karl Dürtscher kämpft dafür, dass das auch passiert. Er ist Bundesgeschäftsführer der GPA und einer der Chefverhandler in der aktuellen Herbstlohnrunde. Die Ausgangslage fasst er so zusammen: „Die Frage, wer die Verlierer:innen sind, kann man nicht auf die Beschäftigten reduzieren. Das sind auch jene Menschen, die Sozialleistungen beziehen, bei denen es keine faire Anhebung gab. Die Zahl der Verlierer:innen ist hoch.“

Auch die Gesamtwirtschaft versucht traditionell, sich in die Schlange der Verlierer:innen einzureihen – was aktuell jedoch schwerfällt. So mahnte Wolfgang Hesoun, Obmann der Vereinigung der Elektro- und Elektronikindustrie (FEEL), die Gewerkschaften zur Mäßigung ob der angespannten wirtschaftlichen Lage. Wenige Augenblicke später präsentierte Geschäftsführerin Marion Mitsch dann „signifikante Zuwächse in allen Sparten“ und fasste das abgelaufene Geschäftsjahr zusammen: „Ausgehend von einer bereits steigenden Produktion (+17,1 Prozent) im Vergleichszeitraum 2021, schloss die abgesetzte Produktion 2022 gegenüber dem Vorjahreszeitraum mit einem Wert von 23,34 Milliarden Euro, was eine erneute Steigerung von 15,7 Prozent bedeutet“ – ein Widerspruch, den Dürtscher kennt. „Vergleicht man die Aussagen der



„Die Aktionär:innen und Inhaber:innen haben ihre Dividenden, Gewinnausschüttungen und Boni bekommen, nur die Beschäftigten warten noch“, bringt es Karl Dürtscher, GPA-Chefverhandler in der Herbstlohnrunde, auf den Punkt.

Arbeitgeber:innen während der Lohnverhandlungen und die Angaben, die auf den Homepages der Fachverbände gemacht werden, sieht man einen eklatanten Gegensatz.“

Wie ein fairer Lohn die Krise beendet

Tatsächlich prognostizieren die relevanten Ökonom:innen in Österreich eine milde Rezession. Sie liegt also vor uns, nicht hinter uns. „Wir verhandeln über die Ergebnisse des vergangenen Jahres. Die Aktionär:innen und Inhaber:innen haben ihre Dividenden, Gewinnausschüttungen und Boni bekommen, nur die Beschäftigten warten noch“, bringt es Dürtscher auf den Punkt. Auch David Mum wird deutlich: „Die Arbeitgeber:innen sagen, dass die Vergangenheit gut war, aber die Zukunft schwierig wird. Wir verhandeln nicht über die Erwartungen, sondern über die erzielten Ergebnisse. Deswegen orientieren wir uns an der zurückliegenden Inflation und den bereits erzielten Gewinnen.“

Damit ist die Gewerkschaftsseite nicht allein. Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) stellte im Morgenjournal des ORF klar, dass zwar eine milde Rezession komme, die aber schnell überwunden werden könnte, wenn der private Konsum gut laufe. Denn die Ursachen haben sich gewandelt. Das aktuelle Produktionshemmnis der Unternehmen sind nicht die mangelnde Kapazität, die hohe Nachfrage an Arbeitskräften oder gestörte Lieferketten, sondern das Hauptproblem ist schlicht und ergreifend ein Mangel an Nachfrage – eben weil die Zahl der Verlierer:innen so hoch ist. Ein Reallohnverlust – und das merken Unternehmen gerade – bedeutet eben, dass den Menschen weniger Geld zum Ausgeben bleibt. So einfach kann es sein.

Um von den guten Ergebnissen zu profitieren, braucht es die Herbstlohnrunde. Hier kämpfen die Gewerkschaften darum, aus Reallohnverlusten ein Kaufkraftplus zu machen – nicht nur im Sinne der Beschäftigten, sondern auch, um mittelfristig die Rezession zu verhindern. Das sehen die Arbeitgeber:innen nicht so: „Wenn Betriebe aufgrund zu hoher Personalkosten schließen, sind die Arbeitsplätze für immer weg, das sollte bei den Verhandlungen berücksichtigt werden“, so Andreas Lahner, einer der Verhandlungsleiter für die Metallindustrie.

Ein Argument, das seit jeher auf Unverständnis stößt. „Die Industrie ist ein kapitalintensiver Sektor. Der Personalaufwand beträgt 15,4 Prozent in Relation zum Umsatz. Man sieht, dass eine Lohnerhöhung nicht der Punkt ist, wegen dem ein Unternehmen aus dem Markt gedrängt wird. Wenn man die Kosten der Lohnerhöhung mit den Gewinnausschüttungen in Relation setzt, erkennt man, dass hier mit zweierlei Maß gemessen wird“, rechnet Mum vor.

Lohnerhöhungen steigern die Nachfrage im Inland und verhindern einen wirtschaftlichen Abschwung. Gewerkschaften und Arbeitgeber:innen haben also genau genommen das gleiche Ziel. Das betont – obwohl der Ton der Verhandlungen oft rau ist – auch Dürtscher. Zwar gebe es stark unterschiedliche Interessen bei Lohn und Gehalt, doch die Sozialpartnerschaft funktioniere. Denn darüber hinaus gebe es viele Überschneidungen – etwa wenn es um die Frage der Attraktivität und des Erhalts des Wirtschafts- und Industriestandortes Österreich gehe, oder auch bei der Frage der Kinderbetreuung, beim Wunsch nach beschleunigten Behördenverfahren oder bei Investitionen in die Infrastruktur. Vielleicht müssen die Arbeitgeber:innen nur daran erinnert werden. ▀

Was beschäftigt aktuell Betriebsrät:innen?

Teuerung, massiver Bedarf an Fachkräften und Herausforderungen der neuen Arbeitswelt sind große Themen im Betriebsrat. Drei Betriebsrät:innen geben Einblicke.



BIRGIT SEIDL BETRIEBSRATSVORSITZENDE LANDESKRANKENHAUS INNSBRUCK

Im gesamten Gesundheitsbereich fehlen massiv Fachkräfte. Trotz Ausbildungsöffensiven werden die vielen Kolleg:innen, die sich nun in die wohlverdiente Pension verabschieden dürfen, nicht so schnell nachbesetzt werden können – die Offensiven hätte es schon viel früher gebraucht. Wir müssen nun im Betriebsrat gemeinsam mit den Dienstgeber:innen und der Politik viele neue Ideen entwickeln, um die nahe Zukunft zu schultern.



MARKUS AMON BETRIEBSRAT SIEMENS AG ÖSTERREICH

Teuerung und Homeoffice sind zentrale Themen bei uns. Der Teuerungsbonus des Betriebsrats ist super angekommen. Unsere Herausforderung liegt in der neuen Arbeitswelt: Viele Kolleg:innen schätzen das Homeoffice, gleichzeitig verschwimmt die Grenze zwischen Arbeit und Freizeit, und das Gefühl von Gemeinschaft geht verloren. Das erschwert auch Wahlen im Betrieb oder Kampfmaßnahmen.



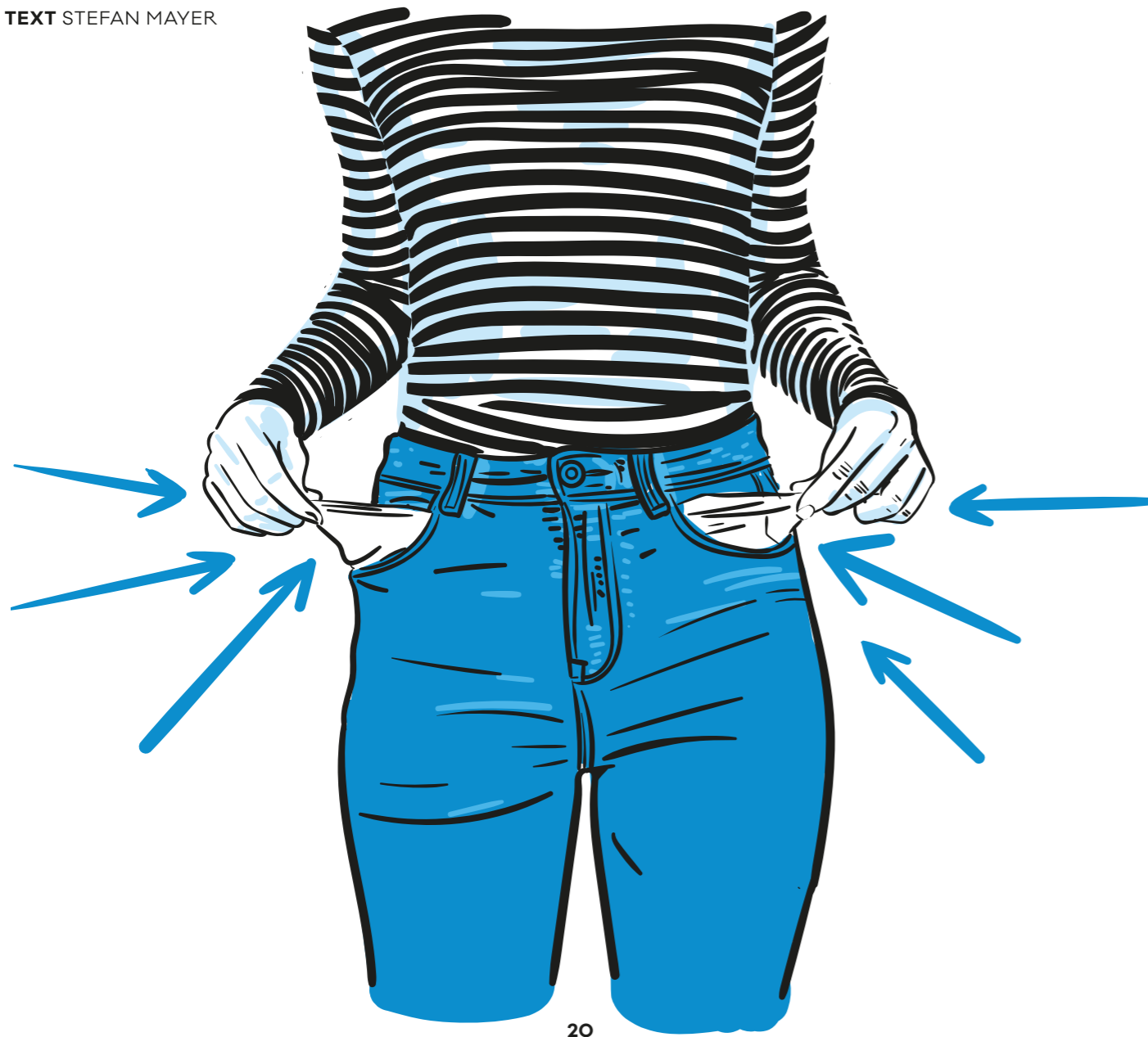
MARIANNE NOVOTNY-KARGL BETRIEBSRATSVORSITZENDE KHM-MUSEUMSVERBAND

Wir spüren Unsicherheiten unter den Beschäftigten, vor allem in Bezug auf die Teuerung. Wir versuchen, Zuversicht zu vermitteln, aufmerksam zuzuhören und transparent zu kommunizieren, selbst wenn wir keine sofortigen Lösungen haben. Unsere Kolleg:innen erwarten einen guten Gehaltsabschluss. Uns ist klar, dass wir heuer dafür entschlossen auf die Barrikaden steigen müssen.

Was man sich sparen könnte

Sozialökonomische Betriebe bieten arbeitslosen Menschen die Möglichkeit, auf dem Arbeitsmarkt wieder Fuß zu fassen – bisher, denn geplante Kürzungen durch das AMS hätten fatale Folgen. Ein Aufschrei brachte kurzfristig Lösungen – aber wie geht's weiter?

TEXT STEFAN MAYER



20

In unmittelbarer Nähe der Innenstadt von Innsbruck liegt die Radwerkstatt Conrad. Diese Werkstatt, die dem Verein WAMS angehört, hat sich längst zu einer Institution für die Einwohner:innen entwickelt. In dem sozialökonomischen Betrieb geht es nicht nur um die Reparatur von Fahrrädern. Seit fast 25 Jahren unterstützt die Werkstatt Menschen, die lange Zeit arbeitslos sind und nur geringe Chancen auf eine Anstellung im regulären Arbeitsmarkt haben, wieder ins Erwerbsleben zurückzukehren.

Neben der Radwerkstatt Conrad betreibt WAMS auch mehrere Second-Hand-Läden in Tirol und eine Altkleidersammlung. Hier bekommen Schallplatten, Bücher, Spielzeug, Kleider und vor allem arbeitslose Menschen eine zweite Chance, so etwa in Hall: „Wir haben in Hall zwei Standorte, die Sammelstelle und den Laden. Unsere Mitarbeiter:innen können hier breit gefächert Qualifikationen erwerben – im Lager, in der Logistik, der Sortierung und gleichzeitig im Verkauf mit Kassabedienung sowie bei der Kund:innenbetreuung“, erzählt Jasmine Alge, Betriebsrätin und Sozialpädagogin bei WAMS. Für Langzeitbeschäftigungslose stehen 76 Transitarbeitsplätze zur Verfügung sowie weitere 26 Arbeitsplätze für Arbeitsuchende ab 55 Jahren.

„Eine Schließung wäre für unsere Mitarbeiter:innen und für mich als Betriebsrätin ein Worst-Case-Szenario.“

Jasmine Alge, Betriebsrätin bei WAMS

Soziale Zielsetzungen

„Sozialökonomische Betriebe in Österreich sind ein Teil der Arbeitsmarktpolitik und insbesondere für Menschen da, die es auf dem ersten Arbeitsmarkt schwer haben. Das sind vor allem Langzeitbeschäftigungslose und ältere Arbeitsuchende“, erklärt Simon Theurl, Referent in der Abteilung Arbeitsmarkt und Integration der AK Wien. In den letzten Jahren ist es zunehmend wichtig geworden, auch Älteren einen Arbeitsplatz zu bieten. Wer mit 45 Jahren seinen Job verliert, findet schwerer einen neuen.

Es gibt vielfältige Gründe, warum Menschen für längere Zeit nicht am Erwerbsleben teilnehmen können, sei es aufgrund fehlender Kinderbetreuung, durch die Pflege von Angehörigen oder bei gesundheitlichen oder psychischen Belastungen. Dabei kann Arbeitslosigkeit jede und jeden treffen – unabhängig von Alter, Geschlecht oder Herkunft. Umso wichtiger sind dann sozialökonomische Betriebe, die in Form von Transitarbeitsplätzen bei der Reintegration in den Arbeitsmarkt helfen.



„Auf dem ersten Arbeitsmarkt haben es vor allem Langzeitbeschäftigungslose und ältere Arbeitsuchende schwer“, sagt Simon Theurl von der AK Wien.

Transitarbeitsplätze sind laut AMS-Richtlinie für sozialökonomische Betriebe auf eine Verweildauer von einem Jahr ausgelegt. Bei begründeten Einzelfällen kann die Dauer aber über das Jahr hinausgehen. Doch was ist nach diesem Jahr? Wie soll es dann weitergehen? Für solche Fragen gibt es bei WAMS eine Jobfinding-Phase. „Spätestens vier bis fünf Monate vor Ablauf des Transitarbeitsplatzjahres bieten wir eine gezielte Berufsorientierung sowie Jobcoachings an und vermitteln Praktikumsbetriebe“, sagt WAMS-Geschäftsführerin Christine Regensburger. Österreichweit waren im Jahr 2022 rund 24.500 Personen in Form eines einjährig begrenzten Transitarbeitsplatzes in einem sozialökonomischen Betrieb beschäftigt, wie Zahlen aus dem Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft belegen – eine Steigerung um elf Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Selbstwertgefühl anheben

Durchschnittlich bleiben Transitarbeitskräfte 114 Tage in einem sozialökonomischen Betrieb. Während dieser Zeit werden sie kontinuierlich betreut und in Schulungen auf ihre weitere berufliche Zukunft vorbereitet. „Durch Beschäftigung, Beratung und Qualifizierung dienen Transitarbeitsplätze als Auffangbecken und bieten einen Entwicklungsrahmen auf Zeit. Dabei ist es wichtig, dass Arbeitsuchende ihre Potenziale wiederentdecken und ihr gemindert Selbstwertgefühl anheben“, so Melanie Spangler, Geschäftsführerin von arbeit plus Tirol, einem österreichweiten Netzwerk von 200 sozialen Unternehmen mit knapp 500 Standorten von Burgenland bis Vorarlberg.

21



Melanie Spangler von arbeit plus Tirol wehrt sich mit allen Mitteln gegen den Spardruck bei sozialökonomischen Betrieben. Sie fordert indessen mehr Geld vom Bund.



WAMS-Geschäftsführerin Christina Regensburger befürchtet einen steigenden Bedarf an Transitarbeitsplätzen in Tirol.

Das Spezielle bei den sozialökonomischen Betrieben ist das On-the-Job-Training. „Menschen können in der Arbeit das Arbeiten ‚erlernen‘ und neue Qualifikationen erwerben. Außerdem werden durch diese Betriebe positive ökonomische Effekte ausgelöst: So erhöhen sie zum Beispiel die Dynamik auf dem Arbeitsmarkt“, erklärt der Arbeitsmarktexperte Simon Theurl.

Denn gerade Langzeitarbeitslosigkeit ist besonders hartnäckig. Dank sozialer Beschäftigungsinitiativen fassen einige auf dem Arbeitsmarkt wieder Fuß. Rund ein Drittel bis die Hälfte der sogenannten Transitarbeitskräfte schafft den Umstieg in den ersten Arbeitsmarkt. Das ist zwar ein wichtiges Ziel, aber es geht um mehr: „Wenn jemand nach dem Jahr bei uns den Umstieg in den ersten Arbeitsmarkt schafft, dann freut uns das sehr, doch wir messen Erfolg nicht nur an der Vermittlungsquote. Die Erfolgspalette geht für mich deutlich weiter. Zum Beispiel sind die persönliche gesundheitliche Stabilisierung, eine finanzielle Absicherung oder eine fachliche Qualifizierung nach diesem Jahr bei uns ebenfalls sehr wichtig“, meint die Betriebsrätin Jasmine Alge aus dem Second-Hand-Laden in Hall.

Drastischer Kahlschlag

Im Spätsommer erreichte eine Hiobsbotschaft sozialökonomische Betriebe: Zahlreiche Initiativen aus der aktiven Arbeitsmarktpolitik wurden über einschneidende Kürzungen in ihrem Budget für 2024 informiert. Der Grund: Das Finanzministerium stellt zu wenig Geld zur Verfügung, langfristig sind drastische Kürzungen im Förderbudget des AMS vorgesehen und damit in der Finanzierung sozialökonomischer Betriebe. Dabei bedürfte es nicht zuletzt aufgrund der

hohen Inflation einer Erhöhung der Fördermittel. Das Ausmaß der geplanten Einschnitte lässt sich noch nicht abschätzen. Fest steht aber: Soziale Beschäftigungsinitiativen können ihre Angebote nicht weiter ausbauen, und manche Betriebe könnten vor dem Aus stehen. Für WAMS und viele andere ist das ein Existenzproblem.

„Wenn soziale Unternehmen ihre Betriebe im Bereich Re-Use, Upcycling und Recycling schließen müssen, gefährdet das nicht nur Arbeitsplätze, sondern auch den Klimaschutz.“

Melanie Spangler, arbeit plus Tirol

Welle der Solidarität

Der Verein WAMS sah sich bereits gezwungen, die Radwerkstatt Conrad und den Second-Hand-Laden in Hall zu schließen. Als die Nachricht der drohenden Schließungen bekannt wurde, formierte sich schnell eine Welle der Solidarität. Neben einer Unterschriftenliste wurde auch eine Solidaritätsdemo vor dem Fahrradgeschäft abgehalten. „Für die Mitarbeiter:innen war die Ankündigung einer möglichen Betriebsschließung zuerst ein großer Schock. Auf allen Ebenen gab es Unverständnis für Budgetkürzungen beim AMS. Unsere Mitarbeiter:innen waren aber doppelt belastet, da sie im Laden oft aufgebracht Kund:innen erklären mussten, weshalb

das Geschäft möglicherweise schließen muss“, erklärt Betriebsrätin Jasmine Alge die schwierige Situation. Von der Bevölkerung gab und gibt es jedoch viel positive Resonanz und Unterstützung.

Geringe Arbeitslosigkeit täuscht

Gerechtfertigt werden Einschnitte auch mit einer guten Lage auf dem Arbeitsmarkt. „Schaut man auf die aktuellen Arbeitsmarktzahlen, dann zeigt sich auf den ersten Blick ein erfreuliches Bild: Tirol startet mit Vollbeschäftigung in den Herbst! Die Arbeitslosenquote liegt derzeit bei 3,3 Prozent (Stand 30. 9. 2023), und die Langzeitarbeitslosigkeit ist seit dem Höchststand im Mai 2021 von 5.054 auf 1.579 Personen gesunken“, sagt Melanie Spangler von arbeit plus Tirol. Doch nur weil es momentan eine niedrige Beschäftigungslosenquote gibt, bedeutet dies nicht, dass das auch in absehbarer Zukunft so bleibt. „Die Dynamiken in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt weisen immer stärker in Richtung Verschlechterung, wie WIFO-Prognosen zeigen. In manchen Branchen, wie etwa dem Baugewerbe, sind die ersten Anzeichen des Abschwungs bereits spürbar“, relativiert Spangler die guten Zahlen. Sozialökonomische Betriebe stehen zudem in der Kritik, teuer zu sein. Wer so argumentiert, missachtet jedoch den Umstand, dass Arbeitslosigkeit den Staat teurer kommt als Investitionen in Beschäftigung.

Die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt sind nicht leicht einzuschätzen. Wie viele Transitarbeitsplätze in den kommenden Monaten und Jahren beim Verein WAMS benötigt werden, ist unklar. „Das hängt viel mit wirtschaftlichen und globalen Fragen zusammen. Ich gehe allerdings davon aus, dass der Bedarf an Arbeitsplätzen stei-

gen wird“, sagt WAMS-Geschäftsführerin Christine Regensburger. arbeit plus forderte den Bund daher auf, von Kürzungen aufgrund der vermeintlich „positiven Arbeitsmarktsituation“ abzusehen und weitere Gelder zur Verfügung zu stellen, damit jene Menschen weiterhin die Unterstützungsleistungen in Anspruch nehmen können, die sie für eine berufliche (Wieder-)Eingliederung benötigen.

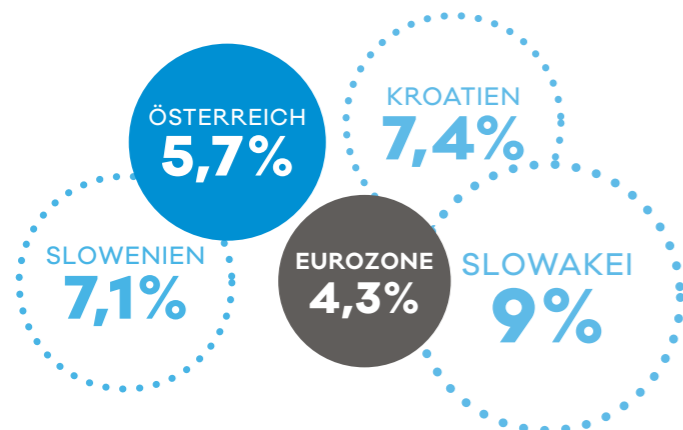
Was nun?

Vorerst konnte die Schließung der Fahrradwerkstatt Conrad in Innsbruck sowie des Second-Hand-Ladens und der Sammelstelle in Hall für das Jahr 2024 abgewendet werden. Durch eine Überbrückungsfinanzierung wird der Fortbestand zumindest für das kommende Jahr gesichert. Dass im letzten Moment ein „Schulterschluss“ zwischen dem AMS, dem Land Tirol sowie den Städten Innsbruck und Hall gelungen ist, ließ alle Beteiligten kurz aufatmen. Doch wie geht es weiter? Sollte es zu einer Schließung mit Jahresende 2024 kommen, dann hätte das viele negative Auswirkungen. „Für unsere Mitarbeiter:innen und für mich als Betriebsrätin wäre das ein Worst-Case-Szenario“, schildert Jasmine Alge ihre Gefühlslage. „Wenn soziale Unternehmen ihre Betriebe im Bereich Re-Use, Upcycling und Recycling schließen müssen, gefährdet das nicht nur Arbeitsplätze, sondern auch den Klimaschutz. Denn Nachhaltigkeit und der Übergang zur Kreislaufwirtschaft werden von unseren Betrieben seit fast 40 Jahren bedient“, sagt Melanie Spangler von arbeit plus Tirol. Fest steht: Kürzungen im Förderbudget von heute erzeugen die Arbeitslosigkeit von morgen. Daher gilt es, sozialökonomische Betriebe zu stärken, statt das Korsett enger zu schnüren. ▸



Der Preis ist heiß!

Österreich hat die vierthöchste Inflationsrate der Eurozone



September 2023

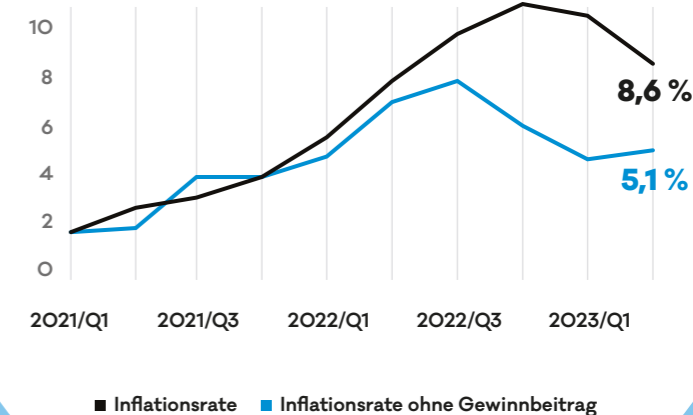
Österreich hat die vierthöchste Inflation im Euroraum. Einen gewichtigen Anteil an der Teuerung haben Unternehmensgewinne. Einige Unternehmen haben Preissteigerungen überproportional weitergegeben, vor allem in Branchen wie Energie, Bank-

und Kreditwesen sowie in Teilen der Industrie, die mit Rohstoffen arbeiten. Während die meisten EU-Länder die Preise dämpfen, setzt die österreichische Regierung auf Einmalzahlungen. Ergebnis: Einmalzahlungen verpuffen, die hohen Preise bleiben.

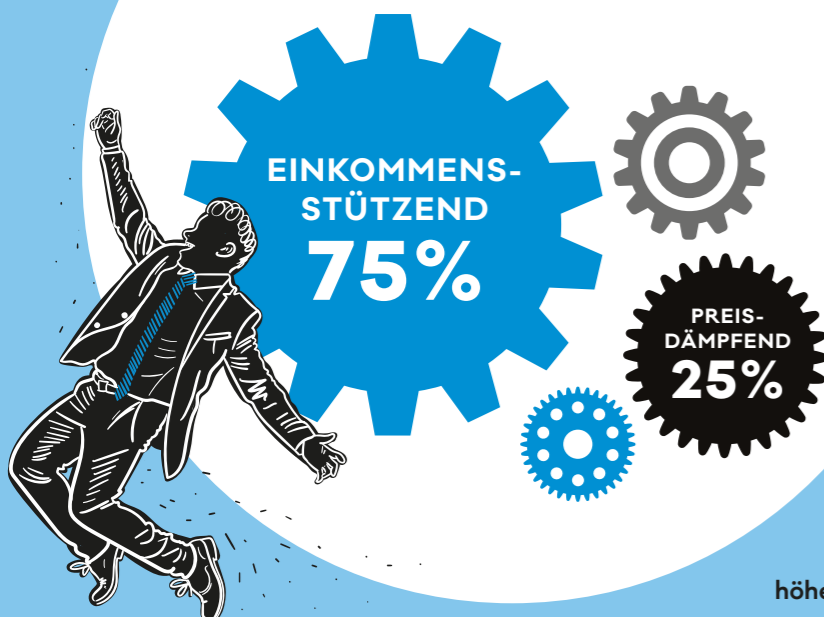
Österreichs Inflationsrate liegt seit über einem Jahr über dem Durchschnitt der 20 Euroländer. Im September 2023 betrug die (international harmonisierte, d. h. vergleichbare) Inflationsrate Österreichs 5,8 Prozent, jene der Eurozone 4,3 Prozent. Damit hatten nur drei Länder der Eurozone – Slowakei, Kroatien, Slowenien – eine höhere Teuerung als Österreich.

Die Unternehmen haben sich hohe Lohnforderungen der Gewerkschaften zum Teil selbst zuzuschreiben: Ohne Profite wäre die rollierende Inflation viel niedriger (5,1 Prozent statt 8,6 Prozent im 2. Quartal 2023). Die rollierende Inflation ist der Durchschnitt der Inflationsraten der letzten 12 Monate und maßgeblich für die Kollektivvertragsverhandlungen.

Unternehmensgewinne haben die Inflation befeuert



Maßnahmen gegen die Teuerung in Österreich



Die Preise steigen in Österreich stärker als in anderen EU-Ländern. Warum? Weil die Regierung als Antiteuerungsmaßnahmen vorwiegend Einkommen stützt (75 Prozent), anstatt Preise zu dämpfen (25 Prozent). Diese (überwiegenden) Einmalzahlungen verpuffen schnell, während die hohen Preise bleiben. 24 EU-Länder setzten zu einem höheren Anteil auf preisdämpfende Maßnahmen.



Schauplatz Bauplatz

Arbeitsplätze schaffen und gleichzeitig die Klimakrise entschärfen? Die ÖBB zeigen vor, wie man beide Ziele zügig verwirklicht. Eine stürmische Reportage vom Pumpspeicherkraftwerk Tauernmoos.

TEXT ALEXANDRA ROTTER



Für das Pumpspeicherkraftwerk Tauernmoos wurden insgesamt elf Kilometer Stollen in den Berg gesprengt – 9,5 davon allein für die Erschließungstunnel zur Anlage und zu den beiden Speicherseen.

Die Frage, ob man einen Schlafsack mitbringt, hört man gerne von Freund:innen, wenn der Abend lang und die Heimfahrt weit ist. Weniger gern hört man ihn um neun Uhr morgens auf 1.483 Meter Seehöhe von Baumanagern in einem Container, während draußen der Sturm tost und man noch einen halben Tag Recherchearbeit vor Ort vor sich hat.

Der Container wurde von den Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB) aufgestellt. Wir sitzen an einem riesigen Besprechungstisch und sehen eine Powerpoint-Präsentation über den Bau des Pumpspeicherkraftwerks Tauernmoos, das die ÖBB hier errichten, um grünen Strom für den Zugbetrieb künftig speichern zu können. Nach der Präsentation ist die Besichtigung der unterirdischen Baustelle und der Speicherseen geplant. Ob Zweiteres möglich sein wird, bleibt noch offen. Peter Herzog, Baumanager des Projekts, der uns als „Dreh- und Angelpunkt auf der Baustelle“ vorgestellt wird, sagt: „Wir haben einen Föhnsturm, also es wird heute spannend. Wir haben auch den Bau teilweise eingestellt, weil da oben haben wir eine extreme Windschneise und erwarten heute über 150 km/h Windgeschwindigkeit.“ Eine Übernachtung wäre hier gar nicht so schlimm: Der Werksgruppenleiter Werner Maier schafft gleich eine vertraute Atmosphäre: „Ich glaub, wir können eh per Du sein, wenn's okay ist? Auf 2.000 Metern sind wir sowieso per Du.“ Auf 2.000 Metern liegt der untere der beiden Stauseen.

Strom speichern für den Bahnbetrieb

Seit 2020 wird an dem Pumpspeicherkraftwerk gebaut, 2025 soll es fertig sein. „Dann können die ÖBB die bestehenden Speicherseen noch umfangreicher nutzen und Strom nicht nur produzieren, sondern auch speichern“, erläutert Maier. Das funktioniert, indem zwei Stauseen, die auf unterschiedlicher Seehöhe liegen, unterirdisch verbunden werden. Mit überschüssiger Energie wird das Wasser des unteren, des Tauernmoossees, in den oberen, den Weißsee, gepumpt. Wird zusätzlicher Strom benötigt, etwa in den Morgen- und Abendstunden, kann Strom gewonnen werden, indem das Wasser durch die unterirdischen Rohre zurück in den Tauernmoossee fließt.

Wir haben keinen Schlafsack mit. Wir haben in einer rustikalen Pension in Uttendorf übernachtet. Die Fahrt zum Enzingerboden, wo der Container steht, war nicht besonders windig. Man erreicht den Enzingerboden über eine kurvige asphaltierte Gebirgsstraße, an deren Rand Rundholz gestapelt ist. Kurz vor einer engen Kurve mit Felswand rechts und Abhang links kommt uns ein Holztransporter entgegen. Nach einer Schrecksekunde schieben wir zurück, und der Transporter kann passieren.

Beim Frühstück erzählte uns der Pensionsbetreiber, die Serpentinstraße zum Enzingerboden sei vor 100 Jahren (1920 bis 1926) gebaut worden. Er ist jetzt in Pension, aber hat selbst in den Kraftwerken gearbeitet und könnte noch viel über die Gegend und ihre



Günter Blumthaler, Betriebsrat in der Kraftwerksgruppe Mitte, ist froh, dass niemand mehr daran denkt, die ÖBB-Kraftwerke zu verkaufen.

Geschichte erzählen. Tatsächlich kommen alle Mitglieder der sogenannten Werksgruppe Mitte aus Uttendorf oder benachbarten Dörfern: Eine Anfahrt von maximal einer Stunde ist wichtig, vor allem im Fall von Störungen. Die Werksgruppe besteht aus rund 50 Mann – Männer, die sich im alpinen Gebirge mit dem Auto, zu Fuß, kletternd oder mit Tourenskiern fortbewegen können. Sie sind zuständig für den Betrieb und die Instandhaltung von vier Kraftwerken im Stubachtal sowie den Kraftwerken in Kärnten, wo gerade das Kraftwerk Obervellach neu gebaut und 2024 fertiggestellt wird. Ab 2025 kommt das Pumpspeicherkraftwerk dazu.

Alpinist:innen kennen diese Gegend im Salzburger Pinzgau und verweisen beim Namen Uttendorf auf die Rudolphshütte, eine vom Alpenverein erbaute Berghütte, die mittlerweile zum Drei-Sterne-Superior-Berghotel avanciert ist. Wir befinden uns im Nationalpark Hohe Tauern, konkret im Stubachtal – im Marketingsprech „Weißsee Gletscherwelt“ genannt. Auf der Website des Nationalparks Hohe Tauern heißt es, die Weißsee Gletscherwelt sei ein „Wander- und Aussichtsdorado“. Doch bei den heutigen Windgeschwindigkeiten wandert heute niemand. Auch wir blasen die für den Anschluss an unseren Termin geplante Tour wieder ab, bei der imposante Panoramafotos des „Aussichtsdorados“ entstehen hätten sollen.

Sicherheit im Berg

Nach der Präsentation bekommen wir eine kurze Sicherheitseinschulung. Wer die Baustelle betritt, hat Sicherheitskleidung zu tragen, sich ein „Piepsel“ umzuhängen und sich in eine Liste einzutragen – um ein paar Vorschriften zu nennen. Ich lege eine gelb



Der Tauernmoossee liegt auf 2.000 Meter Seehöhe. Bei überschüssiger Energie wird das Wasser künftig von hier in den 250 Meter höher liegenden Weißsee gepumpt. Wird Strom benötigt, lässt man das Wasser wieder zurück in den Tauernmoossee fließen.



Werner Maier leitet die Kraftwerksgruppen, die für den Betrieb und die Instandhaltung der ÖBB-Kraftwerke im Stubachtal und in Kärnten zuständig sind.

leuchtende Sicherheitsweste, den sonnengelben ÖBB-gebrandeten Helm und die ebenfalls gelben Sicherheits-Gummistiefel an.

Mit einem Kleinbus geht es dann durch lange Tunnel, die an einer Seite mit Leuchtstoffröhren ausgeleuchtet sind. Inclusive der Wasserwege wurden hier seit 2020 elf Kilometer Stollen in den Berg gesprengt, 9,5 davon sind Erschließungstunnel, sodass die beiden Stauseen und die Kaverne als Herzstück des Pumpspeicherkraftwerks sowohl für die Bauarbeiten als auch die späteren Wartungsarbeiten der Anlagen leichter erreichbar sind. Die neuen Tunnel verlängern das bestehende Stollensystem auf 60 Kilometer. Durch die Tunnel können 750 Höhenmeter in null Komma nichts überwunden werden. Sie sind groß genug, um die riesigen Maschinen und Bauteile in die Anlage zu transportieren. Vor dem Tunnelbau mussten die Mitglieder der Werksgruppe die ÖBB-eigene Seilbahn nehmen, die jetzt eingestellt wurde und an einem Tag wie heute nicht in Betrieb gehen hätte können. Oder sie wären zu Fuß oder mit Skiern zu den Anlagen gelangt.

Zurück zu den Wurzeln

Einer von ihnen ist Günter Blumthaler, der nach einer steilen Gewerkschafter-Karriere seit März wieder in der Werksgruppe Mitte arbeitet und Betriebsratsmitglied ist. Bis dahin pendelte er zehn Jahre zwischen seiner Heimat Uttendorf und Wien hin und her, wo er unter anderem Zentralbetriebsratsvorsitzender, stellvertretender Konzernbetriebsratsvorsitzender, Aufsichtsratsmitglied, Fachbe-

reichsvorsitzender Eisenbahn und Fraktionsvorsitzender der Gewerkschaft vda war – eine aufregende und erfolgreiche, aber auch sehr einsame Zeit fern der Familie und Heimat, die „psychisch und physisch“ an ihm nagte: „Ich hab in Wahrheit wieder zu den Wurzeln zurückgefunden: Ich hab hier meine berufliche Laufbahn begonnen, und jetzt möchte ich sie in den letzten sieben Jahren meiner Tätigkeit hier wieder beenden.“

Blumthaler lacht, wenn er erzählt, dass er 1990 hierhergekommen ist, als das Kraftwerk Uttendorf II eröffnet wurde, und dass er jetzt wieder hier ist, wo das Pumpspeicherkraftwerk Tauernmoos gebaut wird. Er kam mit 14 Jahren zu den ÖBB, wo er Maschinenschlosser lernte und verschiedene Tätigkeiten durchlief, bis er zur Kraftwerksgruppe nach Uttendorf kam. Heuer feiert der 55-Jährige sein 40-jähriges Firmenjubiläum und meint, „ein ÖBBler ist eine eigene Spezies“, erst recht die „Kraftwerker“: „Wenn du da arbeitest, dann lebst du das Kraftwerk. Auch wenn du in Wien bist oder woanders, du bist immer ein Kraftwerker.“ Und obwohl er jetzt keine Funktion mehr hat, bleibt er auch „ein leidenschaftlicher Gewerkschafter“.

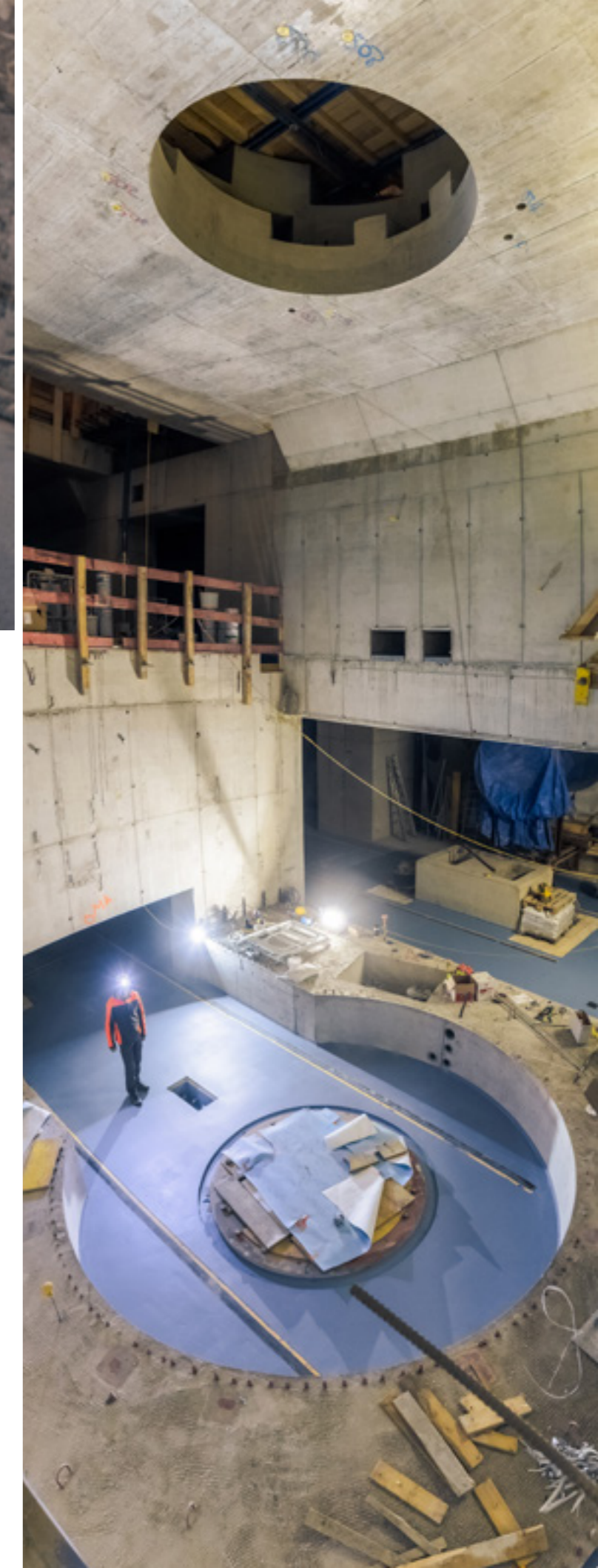
Diesel und Wasser schleppen

Wer bei so rauen Bedingungen im Hochgebirge unterwegs ist, ahnt, dass man als Team schnell zusammenwächst. Günter Blumthaler erzählt, wie vor einigen Jahren die Zufahrtsstraße verschüttet war. Lawinen- und Murenabgänge sind keine Seltenheit. Die Werksgruppen-Mitarbeiter mussten einen Monat lang täglich zu

Fuß zur Arbeit gehen. „Wir haben Gott sei Dank heroben ein Auto stehen gehabt“, erinnert er sich, „aber was nutzt dir ein Auto, wenn du keinen Sprit hast?“ Deshalb mussten die Arbeiter Diesel und Wasser auf den Berg schleppen. Lawinen und Muren werden auch hier häufiger. Doch ohne die Kraftwerke und die Stauseen „wären wir schon zehnmal abgesoffen“. Schlimmes konnte durch die „Speicherkessel“ verhindert werden, denn sie sind auch ein Hochwasserschutz für die Region.

Unsere erste Tunnel-Station ist die Kaverne. Eine Kaverne ist, wie wir von Bauleiter Peter Herzog erfahren, nichts anderes als ein großes Loch im Berg. Aber was heißt groß? In diesem Fall sei das Loch zirka so groß wie ein zwölfstöckiges Haus, so Paul Kaufmann, der für die Projektkommunikation der ÖBB-Infrastruktur AG zuständig ist. Wer es lieber maßgenau hat: Die Kaverne ist 72 Meter lang, 25 Meter breit und 40 Meter hoch. Im Vortrag wurde uns ein Zeitraffer-Video der Sprengung, die Schritt für Schritt durchgeführt wurde, gezeigt. Doch es bricht frühzeitig ab, weil die Kamera Opfer der Sprengung wurde. Für Peter Herzog war es ein erhebendes Erlebnis, im ausgesprengten Loch zu stehen: „Das war wunderschön, fast wie in einem Dom. Ich bin fast ehrfürchtig geworden in dem Riesenloch.“

In die Kaverne kommt der Großteil der Technik des Kraftwerks, allen voran die Pumpturbine, die in die vorbetonierte Grube gesetzt wird.





Während der Baustelle wird hier unterirdisch Gebirgswasser in einem Sammelbecken gesammelt, und Verunreinigungen werden herausgefiltert (links). Weil es im Kraftwerk später zwei Maschinensätze geben wird, wird das Wasserrohr auf zwei Rohre aufgeteilt, die später an dieser Stelle mit einem Hosenrohr verbunden werden (rechts).

Baumanager Peter Herzog, „Dreh- und Angelpunkt auf der Baustelle“ im Stubachtal, muss ständig nach neuen technischen Lösungen suchen, denn für diesen Kraftwerksbau gibt es kein Regelwerk wie etwa bei Autobahn- oder Eisenbahntunneln.

In die Kaverne kommt der Großteil der Technik des Kraftwerks, wie Turbinen und Generatoren, Transformatoren und die Leittechnik. Entsprechend laut geht es hier zu, es wird geschweißt, gehämmert, Kräne bewegen Teile von einem zum anderen Ort. Unsere Gastgeber verlieren uns nicht aus den Augen und warnen uns vor jeder Gefahrenquelle. Die Kaverne wurde mit Beton ausgebaut und hat jetzt sieben durch Stiegenhäuser verbundene Etagen. Auf der obersten Ebene befindet sich der größte Raum. An der Decke ist ein Kran angebracht, der sich auf Schienen vor- und rückwärts bewegen kann. Er kann bis zu 160 Tonnen tragen und wird die Schwermaschinenteile, etwa Trafos und Generatoren, hereinheben. Beim Runtergehen sehen wir Pfotenabdrücke am Boden – ein Fuchs soll hier herumstreunen und schon mal bei den Bauarbeitern um Würstchen-Spenden bitten. Ganz unten wartet eine vorbetonierte Grube auf die Pumpe. Sie wird vom Wasser bewegt werden, das durch massive Stahlrohre mit fünf Meter Durchmesser vom Weißsee hierhergeleitet wird und zum Tauernmoossee weiterfließt. Über eine Welle, die ein Laufrad antreibt, wird der Generator darüber in Drehung versetzt und produziert so Strom. Wenn der Kraftwerksbetrieb umgedreht wird und Energie gespeichert werden soll, wird die Drehrichtung der Turbine verändert. Dann verwandelt sich die Turbine in eine Pumpe und der Generator in einen Elektromotor. Herzog: „Der Prozess des Umdrehens von der einen auf die andere Seite dauert selbst bei voller Leistung nur 90 Sekunden – und es sind immerhin 80 Kubikmeter Wasser, die da in der Sekunde fließen und komplett umgedreht werden müssen.“ 80 Kubikmeter, das sind 80.000 Liter bzw. 80 Tonnen Wasser.

Unsere nächsten Stationen sind die Tunnelausgänge zu den beiden Stauseen – zum Tauernmoossee auf 2.000 und zum Weißsee

auf 2.250 Meter Seehöhe. Dort werden wir, nachdem wir eine Zeit lang vom Gebirge verschluckt waren, mit der Realität der Naturgewalten unter freiem Himmel konfrontiert und können am eigenen Leib nachvollziehen, warum heute hier oben die Arbeiten eingestellt wurden. Wir stemmen uns mit aller Kraft gegen die Windböen, und ein Schutzhelm reicht seine Kündigung ein. Die alten Staumauern machen etwas her, vor allem wenn die Gischt auf sie trifft und Millionen von Wassertropfen durch die Luft wirbeln.

Eine besondere Bauaufgabe

Wir sind nicht die einzigen Besucher:innen. Eine grob geschätzt zwanzigköpfige Gruppe besichtigt das Kraftwerk ebenfalls. Jede Woche kommen im Schnitt zwei Gruppen hierher. Der Kraftwerksbau zieht viel Interesse auf sich. Das hat verschiedene Gründe: wegen seiner Größe, weil es das erste Pumpspeicherkraftwerk der ÖBB ist, die immerhin schon seit mehr als 100 Jahren Wasserkraftwerke betreiben, und schließlich, weil ein Pumpspeicherkraftwerk im Hochgebirge eine ganz besondere Bauaufgabe ist.

Peter Herzog erklärt die Herausforderung: „So ein Kraftwerk entspricht keinem Regelwerk, wie man es von Autobahn- oder Eisenbahntunneln kennt.“ So müssen ständig und oft rasch neue technische Lösungen gesucht werden. Eine Spezialaufgabe war etwa der Bau der beiden Einlaufbauwerke in den Stauseen, wo das Wasser angesaugt wird und einströmt. Man konnte an diesen aufwendigen Bauwerken nur im Winter arbeiten, weil es nur dann keinen Zufluss zu den Stauseen gibt, die vorher ausgepumpt werden. Da klar war, dass ein Winter nicht ausreichen würde, musste eine Zwischenlösung gefunden werden, damit danach, wenn die

Seen wieder gefüllt sein würden, kein Wasser in den verbindenden Stollen gelangen konnte. Die Lösung war ein Betonstößel, der die Öffnung wie ein Sektorkorken verschloss und vor dem nächsten Winter wieder herausgerissen wurde.

Umfassende Energiestrategie

Als wir, wieder unterirdisch, die Apparatekammer besichtigen, wo sich der Wasserzufluss abdrehen lässt, geht plötzlich das Licht aus. Die Notstromanlage schaltet sich ein und beleuchtet den Tunnel mit reduzierter Kraft. Peter Herzog vermutet, ein Baum könnte auf eine Leitung gefallen sein. Das würde unsere Übernachtungsoption, an die wir gar nicht mehr gedacht haben, wahrscheinlicher machen. Zum Glück erfahren wir jetzt, dass es hier auch komfortable Unterkünfte gibt, sogar mit Sauna.

Die ÖBB betreiben acht eigene Wasserkraftwerke in Österreich. In ihr erstes Pumpspeicherkraftwerk investieren sie vorausvaloriert 360 Millionen Euro. Das ist nur ein Baustein einer umfassenden Energiestrategie: Bis 2030 soll der Eigenversorgungsgrad mit grünem Bahnstrom zu 80 Prozent mit selbst produzierter erneuerbarer Energie und Partnerkraftwerken abgedeckt werden. Derzeit erzeugen die ÖBB zusammen mit Partnern zwei Drittel des Bahnstroms selbst – allein 20 Prozent des Gesamtbedarfs kommen von hier, von der Kraftwerksgruppe Stubachtal. Außerdem soll auch die Eigenversorgung der Betriebsanlagen von 11 auf 67 Prozent gesteigert und die Energie-Effizienz um 25 Prozent erhöht werden, unter anderem durch den Ausbau des Netzes.

Um die Ziele zu erreichen, investieren die ÖBB bis 2030 insgesamt 1,6 Milliarden Euro in grünen Strom – dazu gehören un-

ter anderem auch Windkraft- und Solarstromanlagen. 2015 nahm man das erste 16,7-Hertz-Bahnstrom-Solarkraftwerk der Welt in Betrieb. Die Züge in Österreich, der Schweiz und Deutschland fahren mit 16,7 Hertz, was einem Drittel des üblichen 50-Hertz-Stroms entspricht und besondere Anforderungen an die Stromproduktion stellt. Mittlerweile erzeugen 68 eigene Photovoltaik-Anlagen Strom für die Bahn. Besonders stolz ist man auf das weltweit erste Bahnstrom-Windkraftwerk, das 2022 den Betrieb aufnahm.

Günter Blumthaler hält die Eigenstromerzeugung für extrem wichtig – ökologisch, für den Hochwasserschutz und die Unabhängigkeit: „Es ist zwar nicht einfach, Wasserrechte zu kriegen und Windanlagen aufzustellen, aber wir müssen so unabhängig wie möglich sein. Dann werden wir weder von Gaslieferungen noch von etwas anderem abhängig sein.“ Er erinnert an die Begehrlichkeiten der schwarz-blauen Regierung Anfang der 2000er-Jahre, die die Kraftwerke gern verkauft hätte: „Heutzutage will das Gott sei Dank keiner mehr.“ Die letzten Jahre mit stark steigenden Strompreisen haben gezeigt, dass der Nutzen der Eigenstromstrategie „unbezahlbar“ und „extrem langfristig“ ist.

Der Stromausfall hält noch immer an, als wir mit der Besichtigung fertig sind. Das macht die These vom umgefallenen Baum wahrscheinlicher. Doch wir haben Glück: Unser Rückweg ist frei. Einige Tage später erfahren wir, dass die Ursache ein größerer Stromausfall in ganz Uttendorf war. Auch wenn so eine ungeplante Übernachtung im Hochgebirge – mit Sauna statt Schlafsack – etwas für sich gehabt hätte: Ich denke, wir haben auch so schon genug Spannendes zu erzählen. ▀

Besteuert endlich die Superreichen!

Marlene Engelhorn ist Millionenerbin und setzt sich für eine Besteuerung der Reichen ein – vehement, aber bislang vergeblich. Warum man mit Arbeit nicht reich wird und wie Vermögen gerechter verteilt werden könnte, sagt sie im A&W-Interview.

INTERVIEW NADJA RIAHI

Vermögen ist in Österreich ungleich verteilt, und zwar in einem sehr starken Ausmaß – besitzt doch das reichste Prozent rund 50 Prozent des Nettovermögens, das restliche Vermögen teilt sich auf die übrigen 99 Prozent auf. Die Folgen reichen von politischer Einflussnahme über wirtschaftliche Machtkonzentration bis hin zur Diskriminierung benachteiligter Personengruppen. Wie kann Vermögen gerecht verteilt und so soziale Gerechtigkeit gefördert werden? Im A&W-Interview spricht Millionenerbin Marlene Engelhorn über die Notwendigkeit einer Besteuerung von Vermögen und Erbschaften, beleuchtet die Auswirkungen der Vermögenskonzentration auf Gesellschaft und Staat und entlarvt gängige Mythen um das Thema Reichtum.

Arbeit&Wirtschaft: Frau Engelhorn, ab wann ist man denn reich?

Marlene Engelhorn: Ich bin keine Finanzexpertin, aber laut Momentum-Institut gehört man ab 500.000 Euro Nettofinanzvermögen zu den reichsten zehn Prozent und ab 866.000 Euro zu den reichsten fünf Prozent der österreichischen Bevölkerung.

Wissen wir überhaupt genau, wie reich die Vermögenden wirklich sind?

Die Datenlage ist sehr schlecht und intransparent. Aktuell gibt es keine Erbschaft-

oder Vermögensteuer, durch die Vermögen erfasst würden. Auf freiwilliger Basis passiert da nichts. Das zeigen die Umfragen, die Forscher:innen regelmäßig unter Vermögenden durchführen, um den aktuellen Stand der Dinge zu erfassen.

Was bedeutet dieser Datenmangel für unsere Gesellschaft?

Hier wird deutlich, dass mit zweierlei Maß gemessen wird: Ein Mensch, der kein Vermögen hat, wird vom Staat einfach erfasst. Von einer Person etwa, die aufgrund einer Behinderung erwerbsunfähig ist und deswegen Transferleistungen bezieht, werden sämtliche Vermögenswerte erfasst. Es



MARLENE ENGELHORN

ist Millionenerbin. Gemeinsam mit anderen Vermögenden aus dem deutschsprachigen Raum hat sie die Initiative „taxmenow“ gegründet, die eine Besteuerung von Erbschaften und Vermögen fordert.

wird, ohne mit der Wimper zu zucken, in die Privatsphäre eingedrungen, nur um sicherzugehen, dass diese Person nicht einen Cent zu viel bekommt. Bei Menschen, die Vermögen anhäufen, wird niemals die gleiche bürokratische Aggression angewendet. In einer Demokratie ist dieses Verhalten höchst problematisch.

Dennoch sehen viele Menschen Reiche als beispielgebendes Vorbild. Warum ist das so?

Natürlich möchte jeder Mensch in einer Gesellschaft, die manche schlecht und andere gut behandelt, lieber bei jenen sein, denen es gut geht. Das ist nicht verwerflich. Der Gedanke darf aber nicht sein: Ich muss dafür sorgen, dass es mir besser geht als allen anderen. Sondern: Wir müssen dafür sorgen, dass die Gesellschaft dafür sorgt, dass es allen gut geht.

Der Aufbau von Vermögen wird oft mit Arbeit gleichgesetzt. Das Bild des Tellerwäschers, der durch Fleiß und Willensstärke zum Millionär wird, steckt nach wie vor in vielen Köpfen. Sind wir einfach zu faul, um reich zu werden?

Mehrere Dinge stören an dieser Erzählung: Da ist zunächst mal die menschenverachtende Komponente. Wir leben in einer Welt, in der wir fast alles an Lebensstan-

dard verbessert haben – zumindest im westlichen Europa. Warum machen wir es uns trotzdem noch künstlich so schwer, dass Menschen gut leben können, wenn nicht aus menschenverachtenden Gründen? Diese können rassistischer, sexistischer oder klassistischer Natur sein. In der Regel ist es eine Verschränkung von alledem und noch mehr. Ich frage mich: In welcher Welt ist es in Ordnung, dass Menschen schlecht leben müssen, wenn sie nicht den Vorstellungen von Arbeit entsprechen, die privilegierte Menschen haben? Und zweitens geht dieses Argument völlig an der Realität vorbei.

Warum?

Wenn alle durch Arbeit reich werden könnten, dann gäbe es viel mehr Millionär:innen auf der Welt. So einfach ist das. Da das nicht der Fall ist, ist klar, dass man durch Arbeit nicht reich wird. Es gibt Ausnahmen, aber vor diesen Ausnahmen stehen gewisse finanzielle Privilegien wie Erbschaften. Denn nicht einmal jeder fünfte Mensch, der in irgendeiner Form Vermögen aufbaut, ist ohne Erbe zu diesem Vermögen gekommen. In Österreich erben sieben von zehn Menschen nichts, und von den dreien, die etwas erben, bekommen wieder zwei weniger als 100.000 Euro netto. Dieser Punkt ist realwirtschaftlich sehr spannend, denn wie viele Berufe ermöglichen es, allein von der Lohngestaltung her, durch Erwerbsarbeit Vermögen aufzubauen? Man häuft im Supermarkt an der Kassa oder im Lager kein Vermögen an, selbst wenn man sich noch so sehr anstrengt. Ganz im Gegenteil: Diese Berufe bedeuten nicht nur schwere Arbeit, sondern sind in der Regel auch begleitet von einer sehr diskriminierenden Haltung der gesamten Gesellschaft ihnen gegenüber. Um es noch mal zusammenzu-

Bei Menschen, die Vermögen anhäufen, wird niemals die gleiche bürokratische Aggression angewendet wie bei Menschen, die wenig besitzen, kritisiert Marlene Engelhorn.





„Wenn die Politik es wollte, dann würde sie in einem ersten Schritt das Steuersystem reformieren“, so Marlene Engelhorn. Das würde sehr viel an Einnahmen bringen.

„Wenn alle durch Arbeit reich werden könnten, dann gäbe es mehr Millionär:innen.“

Marlene Engelhorn

fassen: Man kann sich in der Arbeit anstrengen, so sehr man will – da, wo man landet, da bleibt man.

Wenn Reiche ein Unternehmen gründen, schaffen sie Arbeitsplätze. Haben dann nicht alle Menschen etwas davon?

Ich würde dieses Argument gerne umdrehen. Nur durch die Tatsache, dass Menschen gerne arbeiten – und die meisten tun das –, gibt es überhaupt die Möglichkeit für andere, ein Unternehmen zu gründen und Menschen anzustellen. Diese Abhängigkeit wird zwar in eine Richtung erzählt, geht jedoch in beide Richtungen. Wir sind stärker davon abhängig, dass es Menschen gibt, die die Arbeit verrichten, als Menschen, die sie schaffen. Die allermeiste Arbeit ist schon da.

Das heißt, Unternehmen können ohne Arbeitnehmer:innen nicht bestehen?

Unternehmer:innen aller Art sind abhängig von Arbeitnehmer:innen. Das beste Beispiel dafür ist der Fachkräftemangel. Die Einstellung mancher Unternehmen, dass Angestellte dankbar sein sollten für die Arbeit, die sie verrichten dürfen, stützt nur einmal mehr die Idee des Feudalismus, in der es um Leibeigenschaft geht. Wenn offene Stellen unbesetzt bleiben, liegt das meistens an schlechten bis unmöglichen Arbeitsbedingungen, sei es auf Unternehmensebene (das Angebot stimmt nicht) oder auf ge-

sellschaftlicher Ebene (der Staat wird kapputtgespart und kann die Ausbildung nicht gewährleisten). Da können noch so viele Arbeitsplätze „geschaffen“ werden, die Probleme sind vielschichtig und strukturell. Sie sind nicht individuell oder einseitig. Steuerpolitik kann auf der strukturellen Ebene eingreifen und beispielsweise durch eine Vermögensteuer Geld in die Ausbildung von Fachkräften stecken, die dann wiederum in Unternehmen arbeiten. Davon hätten beide Seiten etwas.

Viele Erbende halten eine Erbschaft- und Vermögensteuer für ungerecht. Schließlich habe ihre Familie für sie vorgesorgt, demnach sei dieses Vermögen ein Verdienst an sich. Wie stehen Sie zu diesem Argument?

Selbst wenn an mich gedacht wurde, kann ich den nächsten Schritt der Solidarität machen und sagen: Ich möchte, dass auch die Gesellschaft etwas von dieser Erbschaft hat. Für mich ist es selbstverständlich, dass ich auf diese Erbschaft Steuern zahle. Auf diese Weise bekomme ich etwas und der Rest der Leute auch. Diese Steuern fließen in unsere Gemeinschaftskasse namens Haushalt. Und wie das Wort „Gemeinschaftskasse“ schon sagt, nützt sie der gesamten Gesellschaft. Die Infrastruktur, die wir so finanzieren, nützt uns allen – Erbschaft hin oder her. Wir alle brauchen Straßen, öffentliche

Verkehrsmittel, Krankenhäuser, Kindergärten und vieles mehr. Es gibt keinen Grund, das eigene Vermögen dafür nicht zu teilen. Und ja, ich finde es schon richtig zu sagen, dass Erbschaften leistungslose Einkommen sind: Man bekommt Geld, das man vorher nicht hatte. Aber egal, wie hoch die Besteuerung ist: Man steigt immer mit einem Plus aus.

Das klingt logisch: Ich habe also immer mehr als vor der Erbschaft.

Genau. Viel interessanter ist es jedoch, sich die Dynamiken anzuschauen, die sich durch Erbschaften in unserer Gesellschaft entwickeln. Im reichsten Prozent der Gesellschaft liegt die Wahrscheinlichkeit, ein Erbe über drei Millionen Euro zu erhalten, bei über 80 Prozent. Das reichste Prozent der Gesellschaft besitzt die Hälfte des Vermögens in Österreich. Diese hohe Vermögenskonzentration hat realpolitische, wirtschaftliche und mediale Auswirkungen. Mit diesem Geld können Entscheidungen getroffen werden, die die Lebensrealität unzähliger Arbeitnehmer:innen beeinflussen. Dieses Vermögen wird nicht besteuert, sondern weitervererbt. De facto ergibt sich daraus ein feudalistisches Verhältnis. Das ist Geldadel. Vermögende können sich beispielsweise ein Medienimperium aufbauen und damit Einfluss auf die öffentliche Meinungsbildung nehmen.

Wer Geld hat, hat demnach die Macht?

Geld ist ein Mittel, dessen einziger Zweck es ist, sich zu bewegen. Die Frage der Verteilung wird aber meist sträflich vernachlässigt. Sobald sich Geld nicht mehr bewegt, entfaltet es andere Machtdynamiken. Wenn man Geld dem Fluss entzieht, etwa durchs Horten, dann fehlt es im Kreislauf. Jede Art von Geldbewegung wird besteuert: Mehrwertsteuer, Umsatzsteuer, Lohnsteuer. Aber bei Vermögen oder Erbschaften gibt es keine Steuer. Warum ist das so? Weil Vermögende die Macht haben, sich die Steuerpolitik über ihren Einfluss zu erkaufen.

Die Politik argumentiert gerne, dass es keine Ressourcen gebe, um das Steuersystem zu verbessern. Es fehle schlichtweg das Geld.

Das ist nicht wahr. Wenn die Politik es wollte, dann würde sie in einem ersten Schritt das Steuersystem reformieren. Die Einführung einer Steuer löst nicht alle Probleme, aber sie würde sehr viel an Einnahmen bringen. Wie viel genau, das hängt vom jeweiligen Modell ab. Wie hoch sind die Prozentsätze der Steuer, bis wohin gelten Freibeträge, wie progressiv soll die Steuer gestaltet werden, und welche anderen Steuern können dafür gesenkt werden? Das sind Fragen an Expert:innen, die das errechnen können. Das wird auch gemacht, und die Modelle gibt es, man

muss nur recherchieren. Stattdessen werden widerlegte Einwände immer und immer wieder gepredigt. Das macht sie aber nicht wahrer. Hier zeigt sich klar, worum es geht, nämlich um Machtinteressen. Zu sagen, dass man jetzt eh schon alles tut, aber die Besteuerung von Vermögen kategorisch ablehnt, ist nur eine Ausrede dafür, die politische Arbeit nicht machen zu wollen, und eine Ohrfeige für alle Menschen, die den Lebenszeitraum der Babyboomer:innen überdauern werden.

Warum müssen wir in der Debatte um Wohlstand über eine Erbschaftsteuer sprechen?

Es ist wichtig, Modelle für eine Steuer zu diskutieren. Sie sollten aber nicht die Interessen derer widerspiegeln, die sie vermeintlich bezahlen. Sonst müsste man ehrlicherweise die Debatte zur Einkommensbesteuerung aufmachen und Arbeitnehmer:innen fragen, ob sie ihre Einkommensbesteuerung in Ordnung finden. Und das Ergebnis wäre vielleicht, dass niemand irgendwelche Steuern zahlen möchte. Was hätten wir dann? Keine Krankenhäuser, keine Schulen, keine Straßen, keinen öffentlichen Verkehr, keine Grundlagenforschung, keine Innovationen.

Welche Effekte hätte eine Besteuerung von Erbschaften bzw. Vermögen?

Zunächst einmal würden sich diese Steuern einer wichtigen politischen Angelegenheit annähern, nämlich der Tatsache, dass das System momentan ungerecht ist. Und es ist wichtig, Gerechtigkeit als politische und soziokulturelle Kategorie zu verstehen, weil sie dort Sinn entfaltet. Erbschaften müssen besteuert werden, weil sie nicht dafür sorgen dürfen, dass man durch die Geburt besser gestellt wird. Die Menschen sollten durch das System in Wohlstand leben. Es gibt zwei Möglichkeiten, wie es uns gut gehen kann: durch Geburt oder durch Gesetze. Ich kann ja nicht absichtlich gut geboren werden, das ist eine Lotterie, und das wiederum heißt: Fast alle verlieren. Als Nächstes würde die Erbschaftsteuer viel Geld bringen. Und wir würden durch die Daten zu Vermögen ein besseres Verständnis dafür haben, welchen Menschen wie viel gehört. Wir brauchen diese Transparenz, damit kein Machtmissbrauch stattfindet.

Was ist Ihr Ziel mit der Initiative „taxmenow“?

Idealerweise bin ich irgendwann irrelevant, weil wir nicht mehr darüber diskutieren, ob eine Besteuerung von Vermögen sinnvoll ist. Stattdessen sprechen Expert:innen und Interessenvertreter:innen über das ‚Wie‘ der Steuerpolitik. Da kann und sollte ich als Millionenerbin ohne Expertise für die Details nicht mehr mitreden. ▀

Kohle mit Ende

Sozial verträglich aussteigen: Deutschland will bis 2038 raus aus der Kohleverstromung. Über das Projekt „Revierwende“ stellen die Gewerkschaften schon jetzt sicher, dass sie hier einen Fuß in der Tür haben.

TEXT CHRISTIAN BUNKE



Die deutsche Sprache ist berüchtigt dafür, sehr lange Wort-Ungetüme zu produzieren. Ein gutes Beispiel dafür ist das „Kohleverstromungsbeendigungsgesetz“, kurz KVBG. Das KVBG ist ein Gesetz von historischer Bedeutung. Damit hat der deutsche Staat im Jahr 2020 beschlossen, keine Kohle mehr zu fördern und in Strom umzuwandeln. Für die deutschen Tagebaureviere bedeutet das eine große Herausforderung. Über viele Jahrzehnte gewachsene Industriekulturen müssen sich innerhalb weniger Jahre neu erfinden. Auf dem Spiel steht, ob in den betroffenen Regionen auch zukünftig hoch qualifizierte und gut bezahlte Arbeitsplätze existieren oder ob ein großflächiges Abrutschen in den Niedriglohnsektor droht.

Um Letzterem entgegenzuwirken, sieht das KVBG vor, 40 Milliarden Euro für die Braunkohlebundesländer bereitzustellen. Damit sind in das Gesetz Vorschläge eingeflossen, die in den Jahren zuvor in der „Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ ausgearbeitet wurden, in der neben den Arbeitgeber:innenverbänden und Umweltschutzgruppen auch der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) vertreten war. 26 Milliarden der beschlossenen Gelder gehen in verschiedene Förderprojekte des Bundes. Unterstützt werden unter anderem Vernetzungsprojekte, die zu einem „ökonomisch, ökologisch und sozial nachhaltigen Strukturwandel“ beitragen sollen.

Diese Gelder bedeuteten eine Chance, die der Deutsche Gewerkschaftsbund nicht an sich vorbeiziehen lassen wollte. „Für uns war klar, dass wir diesen Ausstiegsprozess aus dem Braunkohleabbau begleiten wollen. Die Stimme der Beschäftigten soll auf Augenhöhe mit anderen Stakeholdern in diesem Prozess zu hören sein“, erzählt Frederik Moch, der im DGB das Projekt „Revierwende“ leitet. Die Revierwende ist über eine gemeinnützige Gesellschaft beim Deutschen Gewerkschaftsbund angesiedelt. Der Grund da-

für, so Frederik Moch: „Ein solcher Prozess wie die Revierwende lässt sich nicht einfach nebenbei organisieren. Die Hauptamtlichen im DGB waren bereits mit vielen anderen Sachen ausgelastet. Deshalb haben wir einen Antrag auf Mittel aus dem Strukturwandel-Topf gestellt und sind dann 2021 mit der Revierwende gestartet.“

Gerechter Übergang

Moch sieht die Revierwende als Teil eines gerechten Übergangs im Sinne der lohnabhängigen Bevölkerung der betroffenen Regionen. Das sind Stichworte, die auch für die österreichische Gewerkschaftsbewegung relevant sind, wie Michael Soder erklärt. Er arbeitet als Experte der Arbeiterkammer zu Themen des „gerechten Übergangs“. „Die Revierwende ist eines von vielen Projekten, die sich mit dem Strukturwandel befassen“, sagt er. „Strukturwandel bedeutet, dass sich Produkte und deren Herstellung ändern. Und die Qualifikationen, die Beschäftigte dafür mitbringen müssen, ändern sich damit auch. Wir wollen, dass dieser Wandel sozial gerecht stattfindet. Wir wollen nicht, dass Wertschöpfung und Einkommen aus den Regionen verloren gehen.“ Das deutsche Beispiel der Revierwende findet er in dieser Hinsicht besonders interessant: „Deutschland ist besonders betroffen vom Ausstieg aus der Kohleverstromung. Jetzt geht es darum, Alternativen zu entwickeln, um die betroffenen Regionen zu reindustrialisieren.“ Transformation habe eine starke räumliche Dimension. Manche Regionen sind stärker von fossilen Energien abhängig als andere. „Es braucht starke Konzepte mit Regionen und Gemeinden. Das ist ein langer Suchprozess, in dem es um Weiterentwicklung geht.“

Über Jahrzehnte hat die Kohle das Leben in den Revieren geprägt. Sie brachte Arbeit, aber auch Schmutz und Umweltzerstörung und trotzdem sehr spezifische regionale Identitäten in der Bevölkerung hervor.



„In der Revierwende geht es auch immer um die Stärkung gewerkschaftlicher Präsenz und Strukturen in den Revieren“, so Frederik Moch vom Deutschen Gewerkschaftsbund.

Die räumliche Dimension zeigt sich bei den deutschen Tagebaureviere besonders drastisch. Über Jahrzehnte hat die Kohle das Leben in den Revieren geprägt. Sie brachte Arbeit, aber auch Schmutz und Umwelterstörung und trotzdem sehr spezifische regionale Identitäten in der Bevölkerung hervor. Die Revierwende ist Teil des von Michael Soder beschriebenen Suchprozesses, mit welchem die Menschen und ihre Identitäten auf die kommende Transformation vorbereitet und auf diesem Weg mitgenommen werden sollen. Fünf Regionalbüros sind dafür auf drei deutsche Bergbaugebiete im Ruhrgebiet, der Lausitz und Mitteldeutschland verteilt. In Berlin kommt noch eine Bundeskoordination hinzu. „Die Revierwende ist das einzige Projekt aus der Förderrichtlinie mit einem bundesländerübergreifenden Ansatz“, sagt Frederik Moch. „Wir gewährleisten einen Austausch, auch über verschiedene Interessengruppen hinweg. Über die Revierwende gibt es einen Dialog zwischen Gewerkschaften, Arbeitgeber:innenorganisationen und Kammern.“ Dabei geht es auch immer um die Stärkung gewerkschaftlicher Präsenz und Strukturen in den Revieren. Das ist vor allem in Ostdeutschland relevant, wo Gewerkschaften schwächer aufgestellt sind als in anderen Teilen Deutschlands.

Schnittstelle des Ausstiegs

Welche konkreten Ziele verfolgt nun die Revierwende? Frederik Moch nennt drei Hauptaspekte: Netzwerkarbeit, Bildung und Weiterbildung sowie Coaching und Beratung. In einem Informationsflugblatt über das Angebot der Revierbüros vor Ort wird das

„Die Stimme der Beschäftigten soll auf Augenhöhe mit anderen Stakeholdern in diesem Prozess zu hören sein.“

Frederik Moch, Leiter des Projekts „Revierwende“

Leistungsangebot beschrieben. Angeboten werden unter anderem Veranstaltungen zur Strukturgestaltung und zu Innovationsthemen, Austausch- und Netzwerktreffen mit regionalen Akteur:innen, Innovationswerkstätten sowie Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit zur Strukturentwicklung, zur Strukturberichterstattung sowie zu wirkungsvollen Ansätzen aus den Revieren.

Daneben sucht die Revierwende auch aktiven Kontakt mit der Bevölkerung, etwa über eine Bodenzeitung. „Das ist ein Mittel, um niederschwellig Meinungen auszutauschen.“ Dafür geht die Revierwende an Orte des öffentlichen Lebens, auf Feste oder in Fußgängerzonen – etwa zum 1. Mai 2022 in Cottbus und Görlitz oder zum Ostritzer Friedensfest am 21. Mai 2022. Auf ihrer Bodenzeitung stellte das Revierwende-Team die Frage: „Wie wird der Strukturwandel dein Leben beeinflussen?“ In ihrem Newsletter fasst das Team Lausitz das Ergebnis der Aktion so zusammen: „In den Gesprächen wurde deutlich, dass die Energieversorgung die größte Herausforderung des Braunkohleausstiegs darstellt. Viele der Angesprochenen waren sich zugleich sicher, dass sie in der Region bleiben und auch zukünftig ihre Qualifikationen gebraucht werden.“

Solche Straßenaktionen sind arbeitsintensiv, und es bedarf viel Aufklärung über die Folgen des Kohleausstiegs. Denn obwohl der Kohleausstieg in den Revieren sehr präsent sei, so Moch, wüssten wenige in der Bevölkerung über die tatsächlichen Auswirkungen und Folgen Bescheid. Dies sei gerade für die Lausitz von Belang, denn hier habe die Kohle eine überdurchschnittliche Verankerung innerhalb der Bevölkerung. Allerdings gibt es in der Lausitz auch die größten Unternehmensinvestitionen. Ein Beispiel hierfür ist die Errichtung eines neuen Fahrzeuginstandhaltungswerks der Deutschen Bahn in der Region. Bis 2026 sollen hier 1.200 neue Jobs entstehen, 500 davon bereits mit der Fertigstellung der ersten Wartungshalle im Jahr 2024. Interessant ist hier das Zusammen-

spiel verschiedener Akteur:innen: So hat die Lausitzer Energie und Bergbau AG, kurz LEAG, ein Kooperationsabkommen mit der Deutschen Bahn abgeschlossen. Die LEAG ist Deutschlands zweitgrößter Stromerzeuger. Sie betreibt in der Lausitz den Tagebau Jänschwalde, der unter anderem die Stadt Cottbus mit Fernwärme versorgt. Das zum Tagebau gehörende Kohlekraftwerk Jänschwalde liegt auf Platz sieben der Weltrangliste der Kraftwerke mit den meisten Emissionen. Bis 2038 sollen sowohl die verbliebenen Tagebaue in der Lausitz als auch das Kraftwerk Jänschwalde stillgelegt werden.

Junge Generation im Strukturwandel

Wie dringend nötig Zukunftsperspektiven sind, wie sie vom neuen Werk der Deutschen Bahn geschaffen werden, zeigt eine vom Team Lausitz in Auftrag gegebene Umfrage unter Jugendlichen. Darin gaben 50 Prozent der rund 320 Jugendlichen an, in der Region bleiben zu wollen. Rund ein Drittel hatte sich noch nicht festgelegt. In einem Begleittext der Revierwende zu diesen Daten heißt es: „Der Strukturwandel betrifft die jungen Generationen viel länger und umfassender als die ‚ältere‘ Bevölkerung. Ein:e heute 16-Jährige:r ist zum Kohleausstieg 2038 31 Jahre alt und hat danach noch 36 Jahre im Erwerbsleben – bestenfalls in der Lausitz – vor sich.“ Damit dies so bleibt, plant die Revierwende spezielle Workshops für junge Menschen. Ein Fazit der Revierwende, das gleichermaßen für Österreich gilt: „Genauso wichtig ist die Beteiligung von jungen Menschen in Vereinen und Gewerkschaften. Insbesondere in Gewerkschaften und in den Jugend- und Auszubildendenvertretungen haben sie unmittelbaren Einfluss auf die Ausbildungsbedingungen in den Betrieben. Dadurch können demokratische Debatten und Selbstwirksamkeit erfahrbar werden.“ ▶

Georg Feigl, stv. Leiter der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der AK Wien

Zusammengefasst von Irene Steindl

Öffentliches Vermögen für ein gutes Leben der Vielen

Ob Spitäler für die Gesundheitsversorgung, Schulen zur Wissensvermittlung, Parks für Spiel und Erholung, öffentliche Verkehrsmittel für klimafreundliche Mobilität: Öffentliches Vermögen ist die materielle Grundlage für Wohlstand und Wohlergehen der Vielen. Es ermöglicht einen breiten Zugang zu wichtigen Dienstleistungen sowie Orte der Begegnung ohne soziale Selektion. Die Finanzierung dieser Einrichtungen durch die öffentliche Hand ist notwendig, da privat finanzierte Alternativen teurer und für viele kaum leistbar wären.

Um Wohlstand und Wohlergehen nachhaltig weiterzuentwickeln, ist ein Ausbau des öffentlichen Vermögens durch öffentliche Investitionen nötig. So kann auch ein Ausgleich zur privaten Vermögenskonzentration geschaffen werden. Je größer das öffentliche Vermögen, desto weniger ist man auf eigenes Vermögen angewiesen, um gut leben zu können. Ein Beispiel hierfür sind Gemeindebauten, die die Abhängigkeit von privatem Immobilienbesitz verringern.

In den letzten Jahrzehnten hat der öffentliche Anteil am Gesamtvermögen abgenommen, während private Vermögen stark angewachsen sind. Dies liegt an geringen öffentlichen Investitionen und der Privatisierung öffentlichen Eigentums seit den 1980er-Jahren, was zu einer Ungleichverteilung der Vermögenseinkommen geführt hat.

Angesichts aktueller gesellschaftlicher Herausforderungen wie des sozial-ökologischen Umbaus der Wirtschaft ist ein Um- und Ausbau öffentlichen Vermögens von großer Bedeutung. Öffentliche Gebäude und Fahrzeuge sind von Klimaneutralität oft weit entfernt – insbesondere in den Gemeinden. Die Stromerzeugung und -versorgung ist zwar noch stark in öffentlicher Hand, doch der weitere Ausbau erneuerbarer Energieträger schreitet zu langsam voran. Auch beim leistbaren und umweltfreundlichen städtischen Wohnen stockt der Fortschritt. Will man die Klimaziele auf sozial verträgliche Weise erreichen, muss in öffentliches Vermögen investiert werden – gerade in Gemeinden. Die Finanzierung ist dabei nicht nur eine Frage des Geldes, sondern auch des politischen Willens.

So bekommen Sie alle aktuellen Beiträge direkt in Ihr Postfach:
A&W-Blog abonnieren unter awblog.at/blog-abo



Wie Wohnen leistbar wird

Inflation, Spekulation und Mietpreisexlosion: Die Wohnkosten wachsen vielen Menschen über den Kopf. Deshalb sind massive Investitionen in gemeinnützigen und sozialen Wohnbau jetzt ein Gebot der Stunde.

TEXT ROBERT MISIK

Martin Orner hat es nicht weit von seinem neuen Büro am eben eröffneten Volkshilfe-Standort Sonnwendviertel zur „Mann“-Konditorei im Helmut-Zilk-Park in Wien-Favoriten. Bei der Volkshilfe ist Orner heute für alle Immobilienfragen zuständig, von den eigenen Standorten bis zur Beschaffung von Notquartieren für Bedürftige. Früher war er einer der Geschäftsführer der EBG-Wohnbaugenossenschaft. Im Zilk-Park sprießen wilde Blumen, ein paar Schritte weiter jäten, gießen und pflanzen Anrainer:innen im Urban-Gardening-Feld, Kids legen auf dem Motorik-Spielplatz atemberaubende Balanceakte hin. Ein ganzes neues Stadtviertel ist auf den ehemaligen ÖBB-Gründen entstanden.

Das „Sonnwendviertel Ost“ – es reicht bis hinüber Richtung Arsenal – ist in den letzten Monaten endgültig fertig geworden. Hier stehen „Quartiershäuser“ mit variantenreichen Stilsprachen. Im etwas älteren „Sonnwendviertel West“ auf der anderen Seite des Parks befinden sich vor allem größere Wohnblöcke mit begrünten Innenhöfen, angelehnt an den architektonischen Spirit des Gemeindebaus des Roten Wien. Ein Großteil davon sind gemeinnützige Genossenschaftsbauten, davon einige preisgekrönt und Magnet für Architekt:innen-Reisegruppen aus aller Welt – etwa das von der EBG miterrichtete „Wohnzimmer Wien“ mit seinen spektakulären Übergängen zwischen den einzelnen Wohnquadern.

„Natürlich ist das österreichische System, und besonders in Wien, immer noch ein Paradies im internationalen Vergleich“, sagt Orner. „Das System des kommunalen und gemeinnützigen Wohnbaus und der Wohnbauförderung ist gut, weil es lange ungestört gewachsen ist.“

Explosive Entwicklung

Aber dieses System ist durchlöchert worden. Es litt zudem an der Goldgräbermentalität der vergangenen zehn Jahre, die Investor:innen in „Betongold“ lockte und damit Bodenpreise, aber auch Baukosten explodieren ließ. Neoliberale Reformen im Mietrecht haben die Mieten im Altbau, noch mehr aber im frei finanzierten Neubau nach oben getrieben. Der Wildwuchs der befristeten Mietverträge machte junge Familien zu Spielbällen der Märkte. Und jetzt, mit Inflation, Baukostenexplosion und Zinsanstiegen für die Finanzierung haben auch die Gemeinnützigen ein Problem, kostendeckend zu bauen. „Es steht still. Kaum jemand kann im Augenblick neue Projekte stemmen“, sagt Orner.

Linke sehen die Sache ja grundsätzlich meist so: Wohnen ist ein Menschenrecht. Quartiere sollen keine Beute für Investor:innen sein. Es gilt, den Wohnungsmarkt möglichst vor dem Irrwitz des Booms und der Spekulation zu schützen. Deswegen ist man leidenschaftlich für den sozialen Wohnbau – und beispielsweise stolz auf die Errungenschaften des Wiener Gemeindebaus, der vor hundert Jahren Denkmäler der Baukultur schuf, die bis heute bewundert werden. Über diese grundsätzliche Haltung hinaus beschäftigen sich die allermeisten mit dem Thema nicht so genau. Aber bei den „Gefühlsreflexen“, wie das der linke Philosoph und Sozialwissenschaftler Karl Czasny nennt, dürfe es nicht bleiben. Denn der Teufel liegt im Detail, oder besser: Ob etwas gut oder schlecht funktioniert, hängt vom Zusammenspiel vieler sehr konkreter Regeln ab.

Die Zweckentfremdung

Wien etwa hat 220.000 Gemeindewohnungen. Rund noch einmal so viele kommen im gemeinnützigen Wohnbau dazu. Beinahe 80 Prozent der Stadtbewohner:innen leben zur Miete, entweder in Gemeindebauten, im gemeinnützigen oder geförderten Wohnbau oder in privaten, gewerblichen Mietwohnungen. In ganz Österreich verwaltet der gemeinnützige Sektor (vor allem Genossenschaften) 970.000 Wohnungen, davon sind 640.000 eigene Mietwohnungen.

Das an sich gute System, das sich regelmäßig auf begeisterten Titelseiten in der Weltpresse wiederfindet, beruht im Wesentlichen auf zwei Standbeinen: dem System der öffentlichen „Wohnbauförderung“ und dem „Gemeinnützigkeitsgesetz“. Dabei ist das System der österreichischen Wohnbauförderung der Schlüssel zum Erfolg. Es ist komplex, teilweise durchlöchert, heute weitgehend auch in der Regie der Bundesländer mit sehr unterschiedlichen Regulari-



Zwischen 2018 und 2021 sind in Wien 58.000 neue Wohnungen entstanden. Nur mehr ein Drittel sei auf den geförderten oder gemeinnützigen Wohnbau entfallen, kritisiert Thomas Ritt, Wohnbauexperte der Wiener Arbeiterkammer. Früher war das Verhältnis umgekehrt.





„Es braucht eine Wohnbaumilliarde, um dringend benötigte zusätzliche geförderte Mietwohnungen errichten zu können“, fordert Michael Gehbauer, Geschäftsführer der GPA-Wohnbauvereinigung.

en. 0,5 Prozent der Lohnsumme zahlen Arbeitnehmer:innen und Arbeitgeber:innen als Lohnnebenkosten ein. Dieser Betrag – plus Rückflüsse früherer Darlehen – finanziert den geförderten Wohnbau. Aber: Systemische Änderungen haben dazu geführt, dass heute viel weniger Mittel zur Verfügung stehen als noch in den 1990er-Jahren. Damals wurden 3,2 Milliarden Euro an Wohnbauförderung ausgegeben, das waren 1,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Heute sind es nur mehr 1,9 Milliarden, was nur mehr 0,4 Prozent des deutlich gewachsenen BIP entspricht. Hauptgrund: Die Rückflüsse der Darlehen benützen die Länder für andere Dinge, und die Wohnbaumittel selbst sind nicht einmal zweckgebunden. Das beeinträchtigt laut Wohnbauexperte Wolfgang Amann „die finanzielle Basis und Zukunftstauglichkeit der Wohnbauförderung erheblich“. Aus diesen Mitteln kann sich im Grunde jeder bedienen, auch der gewerbliche Wohnbau – dann bleiben die Mieten nur für einen bestimmten Zeitraum begrenzt – oder auch Familien, die sich ein Eigenheim errichten. Alleine das ist fragwürdig und heikel. In einer „Häuselbauer“-Kultur wagt das ja kaum jemand zu sagen, aber: Die Wohnbauförderung an Privathaushalte führt zu Zersiedelung und Bodenversiegelung – in Zeiten der Klimakrise und der Bodenknappheit nicht unbedingt die beste Strategie.

Bauen trotz Krise

Die gemeinnützigen Wohnbauträger sind in diesem System nicht sonderlich privilegiert. Sie haben nur kleine steuerliche Vorteile. Dennoch ist das Gemeinnützigkeitsgesetz ein Best-Practice-Beispiel: Gemeinnützige Wohnbaugesellschaften dürfen nur minimal Gewinn

an Anteilhalter:innen ausschütten, sie haben eine „Reinvestitionspflicht“ für alle Überschüsse, aber auch ein gesetzliches „Verlustverbot“, sodass immer leicht über der Kostendeckungsgrenze gebaut bzw. vermietet werden muss. „All diese verschiedenen Parameter haben sehr starke positive Lenkungseffekte“, so Wolfgang Amann.

Simpel gesagt: Durch die Wohnbauförderung ist Geld da, durch das Gemeinnützigkeitsgesetz wird es verwendet, ohne dass Investor:innen Profite machen, und durch die Reinvestitionspflicht bauen Gemeinnützige auch in der Krise, wenn die Bauwirtschaft abschmiert. So ist dieses System praktisch eine Konjunkturlokomotive.

„Damit die gesamte Bauwirtschaft nicht kollabiert, müssten verstärkte Mittel in den gemeinnützigen Wohnbau gelenkt werden.“

Thomas Ritt, AK-Wohnbauexperte

„Wir sind zwischen Markt und Nicht-Markt“, konstatiert Michael Gehbauer, Geschäftsführer der WBV, der Wohnbauvereinigung der GPA. Die Gemeinnützigen können Studien zufolge rund 25 Prozent unter Marktpreisen anbieten und haben damit auch eine preisdämpfende Wirkung auf den gesamten Markt.

Dennoch ist längst nicht alles rosig, und die Dinge haben sich in den vergangenen Jahrzehnten verschlechtert. Gabu Heindl, Architektin und Städtebau-Theoretikerin, fordert in einer großen Studie für die Arbeiterkammer („Gerechte Stadt muss sein“) einen unbedingten „Vorrang der Gemeinnützigkeit“ und die Orientierung des gesamten Systems an sozialen und ökologischen Zielen. In den vergangenen Jahren etwa haben „explodierende Bodenpreise“ für private Investor:innen ein Spekulations-Paradies geschaffen und zugleich für den sozialen Wohnbau die Kosten nach oben getrieben.

Der Philosoph, Stadtforscher und Stadtplanungs-Experte Karl Czasny sieht das einst so vorbildliche Modell mittlerweile weitgehend zerstört. „Wie unsere Wohnungen unleistbar wurden“, so betitelte er ein Analyse-Paper, das eine regelrechte Anklageschrift ist. Bereits vor dem gegenwärtigen Inflationsschub gaben normale Familien schon bis zu 40 Prozent ihres Einkommens fürs Wohnen aus. Subventionsmittel fließen immer mehr in den privaten Markt, in diesem wurden die Mietpreisbindungen gelockert oder abgeschafft, die Zweckbindung der Wohnbauförderung ist Vergangenheit, die Rückflüsse aus den Darlehen wurden durch die Länder auf dem Finanzmarkt versilbert, um kurzfristig die Budgets zu entlas-

ten, gemeinnützige Wohnungen wurden im großen Stil privatisiert (BUWOG!) oder langsam an Mieter:innen verkauft. Diese Entfesselung der Märkte führte zum Immobilienboom, der dann wieder die Bodenpreise explodieren ließ und das Bauen für die Gemeinnützigen ebenfalls verteuerte. 30 Jahre verschiedener neoliberaler Anschläge, deren Resultate dann wieder aufeinander einwirkten, haben das Wohnen unleistbar gemacht, so Czasny.

Absurde Preisspirale

Und dazu hat man noch einen irren Automatismus eingeführt: In großen Teilen des Marktes sind die Mieten indexiert, steigen also automatisch mit der Inflation, was nicht nur Wohnen immer teurer macht, sondern sogar wie eine absurde Preisspirale wirkt: Man erhöht die Mieten entlang der Inflationsrate, womit aber auch die Inflationsrate hoch bleibt und in der nächsten Runde wiederum die Mieten steigen – ein Perpetuum mobile, das zu immer mehr Umverteilung von den Mieter:innen hin zu Immobilienkapitalist:innen führt. All das hat noch einmal negative Folgewirkungen, etwa auf die Konjunktur und die Inlandsnachfrage, da wegen der steigenden Ausgaben fürs Wohnen ein „wachsender Teil der Kaufkraft der österreichischen Haushalte verloren geht“. Jeder einzelne der Faktoren, die hier wirken, mag für sich genommen nur eine kleinere Veränderung bewirkt haben, in Summe sei es jedoch fatal, so Czasny: Wir gleichen schon „dem legendären Frosch im Topf, dessen Wasser ganz langsam erhitzt wird: Er merkt die in kleinen Schritten erfolgende Veränderung nicht und bleibt so lange gemütlich im Wasser sitzen, bis er praktisch bei lebendigem Leib gekocht wird.“

Absolut irre

Mit der Invasion der Ukraine durch Russland, der Wirtschaftskrise, der Baukostenkrise, mit Inflation und Zinsanstiegen sowie restriktiven Kreditbedingungen der Banken hat sich im Immobiliensektor im vergangenen Jahr praktisch alles verändert. In den Jahren zuvor explodierten die Bodenpreise, und es breitete sich im Konzernwohnbau eine Glücksritterstimmung aus. „Absolut irre“ sei das gewesen, sagt Thomas Ritt, Wohnbauexperte der Wiener Arbeiterkammer. Gemeinnützige haben praktisch keine Grundstücke zu annähernd realistischen Preisen mehr bekommen. Zwischen 2018 und 2021 sind in Wien 58.000 neue Wohnungen entstanden – in dieser Zeit gab es aber nur ein Bevölkerungspulss von 43.000 Einwohner:innen. Nur mehr ein Drittel sei auf den geförderten oder gemeinnützigen Wohnbau entfallen. Der Rest war reiner kommerzieller Wohnungsmarkt. Ritt: „Früher war das Verhältnis umgekehrt.“ Doch jetzt ist der gewerbliche Wohnbau praktisch zusammengebrochen. Möglich, dass demnächst die Bodenpreise sinken und irgendwann auch die Baukosten.



Die Architektin Gabu Heindl sieht in der Wohnbaukrise auch eine Chance: Der private Immobilienmarkt breche jetzt zusammen, und genau das könnte eine Sternstunde der Gemeinnützigkeit sein.

Der Zweck heiligt den Zuschuss

Jetzt müssten wieder, so Ritt, verstärkte Mittel in den gemeinnützigen Wohnbau gelenkt werden, auch damit nicht die gesamte Bauwirtschaft kollabiert. „Eine denkbare Möglichkeit als Sofortmaßnahme wäre: Der Bund führt Zweckzuschüsse zur Wohnbauförderung ein, dafür müssen die Länder aber auch alle Fördermittel und die zusätzlichen Zuschüsse zu 100 Prozent in den geförderten Wohnbau investieren.“ Das wäre nicht nur wichtig, um die Konjunktur zu stützen, sondern auch, damit in den nächsten Jahren leistbarer Wohnraum entsteht – sonst haben wir demnächst einen bitteren Wohnungsmangel.

WBV-Geschäftsführer Michael Gehbauer sieht das ähnlich: „Das ist ein Gebot der Stunde.“ Ohne zusätzliche Mittel können Gemeinnützige kaum mehr kostendeckend bauen, ergo: nicht mehr gesetzeskonform. Dann können faktisch keine neuen Projekte mehr angegangen werden. Gehbauer: „Es braucht eine Wohnbaumilliarde, um dringend benötigte zusätzliche geförderte Mietwohnungen errichten zu können.“

Auf dem Immobilienmarkt breitet sich an allen Ecken schon Panik aus. „Baustopp“ bzw. „Pleitewelle“ titelte unlängst das Magazin „Trend“. Gabu Heindl, Bauwirtschafts-Professorin an der Universität Kassel, sieht aber auch eine „Chance, die man jetzt nutzen sollte“: Der private Immobilienmarkt hat zu viel Betongold, unleistbare Wohnungen und vor allem Eigentumswohnungen für Spekulant:innen geschaffen. „Dieser Markt bricht jetzt zusammen, und das ist genau der Moment, in dem man die Gemeinnützigkeit braucht.“ ▀

Alles andere als harmlos

Der Ökonom Thomas Piketty zeigt es eindrücklich: Die Ungleichheit ist bei Arbeitseinkommen zwar geringer als bei Kapitaleinkommen, aber sie nimmt zu. Umso wichtiger ist solidarische Lohnpolitik starker Gewerkschaften.

TEXT BRIGITTE PELLAR

Die digitale Revolution macht es möglich, Daten und andere Informationen in einem bisher nicht vorstellbaren Umfang zusammenzuführen und zu analysieren. Der Ökonom Thomas Piketty nutzte diese Chance und verfolgte erstmals die Entwicklung der Ungleichheit und deren Ursachen über Jahrzehnte, zum Teil über mehr als ein Jahrhundert. Was die Arbeitseinkommen betrifft, so stellte er fest, dass hier die Ungleichheit gegenüber der „extremen Ungleichheit“ bei den Kapitaleinkommen immer moderater war, aber dass sie dennoch besteht und vielfach zunimmt – nicht zuletzt aufgrund der Entwicklung der Einkommen von Manager:innen. Der Situation bei den Arbeitseinkommen sei schon deshalb Beachtung zu schenken, weil diese „im Allgemeinen zwischen zwei Dritteln und drei Vierteln des Nationaleinkommens ausmachen“. Zudem seien sie von entscheidender Bedeutung, weil „ihre Ungleichverteilung in manchen Ländern sehr viel stärker als in anderen ist, was darauf hinweist, dass die jeweilige Politik der öffentlichen Hand und die nationalen Differenzen sich massiv auf die jeweils herrschende Ungleichheit und die Lebensbedingungen weiter Teile der Bevölkerung auswirken“. Im Klartext: Je mehr die Politik auf das Funktionieren des Sozialstaats ausgerichtet ist, je mehr Bewegungsfreiheit Gewerkschaften haben und je konsequenter sie im Geist solidarischer Lohnpolitik handeln, desto geringer ist die Ungleichheit. Pikettys Analyse, die in diesem Zusammenhang Daten vor und nach der neoliberalen Wende, also vor und nach den 1980er-Jahren umfasst, zeigt das eindrücklich.

Verteilung von Arbeitseinkommen verändert Realitäten

Aus Pikettys Befund: „In den Ländern mit der schwächsten Ungleichheit der Arbeitseinkommen, wie den skandinavischen der 1970er und 1980er Jahre, erhalten die bestbezahlten 10 Prozent etwa 20 Prozent, die am schlechtesten bezahlten 50 Prozent etwa 35 Prozent ... In Ländern mit mittlerer Ungleichheit, etwa den meisten der heutigen europäischen Länder ..., erhält die erstgenannte Gruppe etwa 25 bis 30 Prozent, die zweite etwa 30 Prozent der Gesamtlohnsumme. Und in Ländern mit starker Ungleichheit, wie den Vereinigten Staaten zu Beginn der 2010er Jahre ..., erhält das oberste Dezil 35 Prozent der Gesamtsumme, während der Anteil der unteren Hälfte auf 25 Prozent sinkt. Anders gesagt: Die Proportionen haben sich zwischen beiden Gruppen fast völlig verkehrt. In den Ländern mit der größten Gleichheit erhalten die am schlechtesten bezahlten 50 Prozent insgesamt fast zweimal mehr Lohnsumme als die bestbezahlten 10 Prozent (und



ÖGB-Mindestlohnkampagne in der ersten Hälfte der 1990er-Jahre. Die Ungleichheit zwischen Frauen- und Männerlöhnen wurde dadurch geringer.

mancher wird sagen, auch das sei zu wenig, da ihre Zahl fünfmal größer ist), in den Ländern mit der größten Ungleichheit dagegen ein Drittel weniger ... [D]ie Zahlen werfen ein Licht darauf, dass die derzeitigen Veränderungen alles andere als harmlos sind.

Für die am wenigsten begünstigte Hälfte der Bevölkerung ist ... die Differenz zwischen den verschiedenen Verteilungen alles andere als unerheblich. Verfügt man zeit seines Lebens über 40 Prozent zusätzliches Einkommen – 1.400 Euro statt 1.000 Euro, ohne die Auswirkungen des Steuer- und Tarifsystems zu berücksichtigen –, so hat das erhebliche Konsequenzen im Hinblick darauf, welches Leben man führen, wie man wohnen, ob man sich einen Urlaub leisten und was man für seine Vorhaben, seine Kinder etc. aufwenden kann. Hervorzuheben ist auch, dass Frauen in den meisten Ländern innerhalb der 50 Prozent der niedrigsten Löhne ... massiv überrepräsentiert sind ...

Für die am stärksten begünstigten Teile der Bevölkerung fallen die Differenzen zwischen den Verteilungen ebenfalls ins Gewicht. Verfügt man zeit seines Lebens über 7.000 Euro statt über 4.000 Euro im Monat (oder, noch besser, über 24.000 Euro statt 1.000 Euro), so gibt man sein Geld auch anders aus und hat nicht bloß mehr Kaufkraft, sondern auch mehr Macht über andere.

Man sieht also, wie sehr unter Voraussetzung ein und desselben Durchschnittslohns unterschiedliche Verteilungen von Arbeitseinkommen zu sozialen und ökonomischen Realitäten führen können, die für die betroffenen sozialen Gruppierungen extrem weit auseinanderliegen – und in bestimmten Fällen auch zu Ungleichheiten, die erhebliches Konfliktpotenzial bergen. Aus allen diesen Gründen ist es wichtig, die ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Kräfte zu verstehen, die in verschiedenen Gesellschaften den Grad der Ungleichheit von Arbeitseinkommen bestimmen.“



KV-Abschluss der Metallindustrie in den 1980er-Jahren bei einer Inflation von unter zwei Prozent. Das Prinzip: solidarische Lohnpolitik.

Das Geld ist da, der Wille fehlt



HELENE SCHUBERTH
CHEFÖKONOMIN DES ÖGB

Die zahlreichen Krisen des 21. Jahrhunderts haben im öffentlichen Budget tiefe Spuren hinterlassen. Laut jüngstem Budgetbericht der Bundesregierung wird in den nächsten Jahren das Budgetdefizit nur knapp unter drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts liegen. Eine Überschreitung dieser Grenze wird aufgrund der Vorgaben der Europäischen Union nur schwer möglich sein. Viele sprechen nun davon, dass es angesichts der vielen Ausgaben für die Krisenbekämpfungen wenig budgetären Spielraum gebe. Es sei nicht ausreichend Geld da für dringend notwendige, ausreichend dotierte Zukunftsinvestitionen, wie für den Ausbau des Pflege- und Gesundheitssektors, der Kinderbildungseinrichtungen sowie der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur, eine Ausbildungsoffensive sowie die sozial-ökologische Transformation. Unmittelbar notwendig wären aber auch mehr Investitionen in die Gebäudesanierung sowie für den Ausbau des kommunalen und gemeinnützigen Wohnbaus – dies würde auch der Konjunktur helfen. Der ÖGB hat dazu einen 10-Punkte-Plan vorgelegt. Dieser Plan enthält neun Forderungen an die Bundesregierung zur Sicherung von Standort und Beschäftigung sowie eine Forderung zur Finanzierung dieser Ausgaben.

Dass der budgetäre Spielraum dafür nicht vorhanden ist, stimmt nicht. Die Bundesregierung hat selbst diese Spielräume stark eingeschränkt, etwa durch die Senkung der Körperschaftsteuer von 25 auf 23 Prozent. Damit entgehen dem Staat bis 2027 mehr als fünf Milliarden Euro. Ein anderes Beispiel ist die Übergewinnsteuer für Energieunternehmen. Wäre das Steuermodell von AK und ÖGB umgesetzt worden, wären innerhalb von drei Jahren (2022 bis 2024) zwischen fünf und zehn Milliarden Euro eingenommen worden. Die Einnahmen des von der Regierung umgesetzten Energiekrisenbeitrags (sprich: Übergewinnsteuer für Energieunternehmen) sind weit weg von den versprochenen zwei bis vier Milliarden Euro: Sie betragen laut Budgetbericht für 2023 und 2024 nicht einmal 200 Millionen Euro! Damit finanzieren sich die Steuerzahler:innen die Strompreisbremse selbst, anstatt – wie ursprünglich gedacht – dafür Übergewinne der Energieunternehmen abzuschöpfen.

Während Arbeitnehmer:innen den Großteil der Steuern bezahlen, kommt von Vermögen nur ein sehr geringer Beitrag zum Steuer- und Abgabenaufkommen (1,4 Prozent, der OECD-Schnitt hingegen liegt bei 5,7 Prozent). Das Geld wäre also vorhanden, nur der politische Wille fehlt! ▶

Neuerscheinungen aus dem ÖGB-Verlag



Fremdenrecht

Asyl – Ausländerbeschäftigung – Einbürgerung – Einwanderung

Johannes Peyrl, Thomas Neugschwendtner, Christian Schmaus

Ratgeber | 8. Auflage 2023 | 604 Seiten | EUR 39,00
ISBN 978-3-99046-536-3

Das Buch bietet eine verständliche und fundierte Darstellung der Rechtslage für Migranten und Migrantinnen sowie Flüchtlinge in Österreich. Erklärt werden sämtliche fremdenrechtliche Themenbereiche – von der Einreise nach Österreich bis zur Einbürgerung. Informationen über politische Zusammenhänge und europäische Entwicklungen helfen, zusammen mit Beispielen aus der Praxis, sich einen Überblick über die komplexe Materie zu verschaffen.

„Ein Muss nicht nur für professionelle FlüchtlingsbetreuerInnen, sondern auch für engagierte Laien“ (asyl aktuell 2/2016).

Buch | e-book

© Markus Zahradnik

ARBEITSRECHT FÜR BETRIEBSRÄTE



ARBEITSRECHTLICHE FRAGEN EINFACH UND SCHNELL LÖSEN!

- Alle wichtigen arbeitsrechtlichen Themen von A bis Z
- Antworten auf deine arbeitsrechtlichen Fragen
- Schnelle und einfache Suche
- Regelmäßige Aktualisierung der Inhalte

JETZT KOSTENLOS TESTEN!

SICHERE DIR JETZT:

Arbeitsrecht für Betriebsräte PLUS

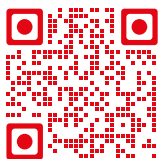
Kostenlosen Testzugang anfordern!

arbeitsrecht-fuer-betriebsraete.at





Weihnachtsgeld gibt's nur dank starker Gewerkschaften!



Mit jedem neuen Mitglied wird deine Gewerkschaft stärker!

Auf alle, die bis Ende Jänner 2024 erstmals Mitglied werden, wartet ein Urlaubsgutschein im Wert von 100 Euro als Willkommensgeschenk.

Sag's weiter! oegb.at/urlaubsgutschein



Ein Ersuchen des Verlages an den/die Briefträger:in:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können,
teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls
die neue oder richtige Anschrift mit

Straße/Gasse

Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

Postleitzahl

Ort

AW